

Courier

Zentral-Organ für die Interessen der im Handels-, Transport- u. Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter Deutschlands.
Publikations-Organ des Zentral-Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1 M.
Postzeitungsliste: Nr. 1729.
Verantwortl. Redakteur und Verleger: O. Schumann, Berlin.

Redaktion und Exped.: Berlin SO., Gewerkschaftshaus,
Engel-Hfer 15. Telefon: Amt VII, 8848.
Geöffnet: 9-1 Uhr Vorm., 5-7 Uhr Nachm., Sonntags geschl.
Redaktionschluss am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.

Annoncen:
die 8 gespaltene Zeile 40 Pf. Für Abonnement
entsprechender Rabatt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 8.

Berlin, den 12. April 1903

7. Jahrg.

Ein Jubiläum.

Eine Dekade, zehn volle Jahre, sind es her, seit die deutschen Handels- und Transportarbeiter ein eigenes Fachorgan besaßen. Am 1. April 1893 erschien in Groß-Quartformat und einer Auflage von 1500 Exemplaren zum ersten Male das „Correspondenzblatt des Verbandes der Geschäftsbienner, Bäcker und Berufsgenossen“. Wohl war schon früher für die Hausbienen Berlins ein Fachblatt „Die Einigkeit“ herausgegeben worden; dieses hatte aber, da es an den bestehenden Lokalorganisationen nicht den nötigen finanziellen Halt finden konnte, sein Erscheinen im September 1892 lang- und klanglos einstellen müssen. In der Zwischenzeit behalt sich dann die Kollegenschaft mit dem Fachorgan der Handlungsgehilfen, dem „Handels-angestellten“, welcher Zustand natürlich bereits nach kurzer Dauer unhaltbar wurde. Am 21. März 1898 löste sich die gemeinsame Kommission der Handlungsgehilfen und Hausbienen auf und zugleich beschloß der Vorstand des Verbandes der Geschäftsbienner, Bäcker und Berufsgenossen, am ersten jeden Monats ein Correspondenzblatt erscheinen zu lassen. Dem Beschlusse folgte sofort die Tat. In schlichten kurzen Worten — sie seien hier wieder gegeben — nicht in einem pompösen Programmartikel, führte sich das Blatt ein:

„Kollegen! Wir beabsichtigen, um die besonderen Einladungen zu ersparen und weiter mit den Kollegen in stetem Verkehr zu bleiben, den Kollegen das, was in unseren Kreisen vorgeht, kund thun zu können, allmonatlich eine Mittheilung, in Form wie diese, gehen zu lassen. Obwohl die Unkosten nicht gering sind, glaubt die Schriftleitung in diesem Vorhaben ein Mittel sehen zu dürfen, das den Zusammenhalt der Kollegen fördern und alle Beteiligten zur regen Agitation anspornen wird. Wir enthalten uns jedes Verprechens in Bezug auf den Inhalt und lassen das Blatt selbst sprechen. Wenn uns die Mitglieder unterstützen, dann hoffen wir wieder einen Schritt weiter zu sein.“

Es wurde also nicht viel versprochen, dafür desto mehr gehalten. War auch die Sprache des Blattes literarisch und journalistisch arm, der Stiel oft ungelent und eckig, so wurde es doch zum geistigen Bindeglied unter den Kollegen. Zu damaliger Zeit bestanden Berufsvereinigungen nur in Berlin, Hamburg, Leipzig, Dresden und Breslau und alle diese zusammen zählten kaum 1500 Mitglieder. Von diesem Häuflein mackerter Kämpfer sind heute noch 812 Kollegen, darunter 240 Berliner, Mitglieder des Verbandes. Die „nicht geringen Unkosten“ für das Blatt betragen pro Nummer 45 Pf. oder pro Jahr 540 Pf. Heute giebt die Organisation für das Fachblatt pro Jahr rund 20 000 Pf. aus.

Die ersten Nummern des „Correspondenzblattes“ enthielten durchschnittlich 80 000, der heutige „Courier“ im gleichen Zeitraum des Erscheinens 300 000 Schriftzeichen. Diese Zahlen sagen uns, wie es in den verfloßenen 10 Jahren vorwärts gegangen ist. Die Auflage unseres Fachblattes betrug vor 10 Jahren 1500, heute 27 500 Exemplare.

Im selben Verhältnis hat sich die Mitgliederzahl der Organisation vermehrt, vermehrt durch unermüdeliche, tailllose Arbeit aller Beteiligten.

Die damals neugebildete Agitationskommission für Deutschland, der die heute noch in unseren Reihen stehenden Kollegen Altbolt und Kasper angehörten, verzeichnete im 1. Quartal 1893 eine Kasseneinnahme von 254,22 Pf., während im 4. Quartal 1902 für Widerstandsfondsarbeiten allein 8867 Pf. vereinnahmt wurden und außerdem die Verbandseinnahmen in den Verwal-

lungsstellen und der Hauptkasse rund 60 000 Pf. betragen.

In diesen Riesenschritten hat das Fachblatt mit sein Verdienst. Hat es doch in seiner Art den Kampf geführt so gut es konnte. Was das Blatt in der verfloßenen Dekade Gutes für die Kollegenschaft geschaffen und getan, wer will es aufzählen? So manchem Ausbeuter sind in den wenigen Spalten, die Reviten gelesen worden, so mancher Unternehmer hat heillosen Respekt bekommen vor dem einstmaligen Käseblättchen. Hundert und tausend Mal sausten scharfe und schneidige Hiebe hernieder auf unsere Bedrücker, unsere Feinde. Immer wieder wurden die Angriffe dieser parirt, die Kollegenschaft gedeckt und die Gegner zurück oder gar aus ihrer Position hinausgeworfen. Heiß war der Kampf und nur Schritt für Schritt konnte der Boden gewonnen werden, das wissen alle Jene, die in den verfloßenen 10 Jahren mitten im Feuer gestanden haben. So mancher treuer Kollege ist im Kampfe ergraut und mancher hat auch in dieser Zeit matt und ermüdet das Kriegsbeil begraben. Aber immer neue Schaaren fröhlicher Streiter rückten in die Breichen.

Unsere Fachblätter, das „Correspondenzblatt“, der „Handelsbienst“, der „Courier“, die ja aus Zweckmäßigkeitsgründen nur den Namen, niemals die Farbe wechselten, sie waren alle Zeit das vornehmste und wirksamste Bindeglied der Kollegenschaft untereinander. Die Fachpresse vermittelte den Gedankenaustausch von Ost nach West, von Nord nach Süd, vom Erzgebirge bis zu den Mooren Ost-Frieslands, vom schwebischen Meer bis zur Ostsee und von der Elbe bis zur Weichsel. In der Fachpresse fanden sich die streibaren Geister zusammen, um die Waffen für den Befreiungskampf der Berufs-kollegen zu schmieden. Ohne den regelmäßigen schriftlichen Gedankenaustausch wäre unsere Organisation noch lange nicht das geworden, was sie heute ist. Ein echtes und rechtes Arbeiterorgan, hat unser Blatt die Erkenntnis der Arbeitsverhältnisse aufhellen helfen, so Manchem den gesellschaftlichen Wirtschftsprozess verständlich gemacht. Es hat die Köpfe revolutionirt und tausend Mal den Kollegen gesagt und immer wieder gepredigt: „Ihr seid Menschen, keine Knechte. Laßt Euch nicht länger als Knechte behandeln.“ Den „Hausknecht“, den „Stallknecht“, den „Feldknecht“ zum Bewußtsein seiner Menschenwürde zu bringen, ihn auf die Stufe des denkenden Menschen hinaufzuheben, das war die Aufgabe unseres Fachorgans und es hat diese seine Aufgabe treulich erfüllt. Mit Stolz können wir also auf die zurückgelegte Etappe blicken, der Weg war bornig, rauh und hart, desto schöner und herrlicher ist aber auch der erzielte Erfolg.

Wir beginnen jetzt ein neues Decennium unseres Wirkens. An der Schwelle desselben soll die Generalversammlung des Verbandes der Organisation neue Wege weisen. Neue Wege, die zu demselben Ziele führen und uns größere Erfolge bringen. Bewegung ist für uns Ruhe, und Leben — rasten. Ein neuer Meilenstein wird aufgestellt, dann geht es wieder vorwärts, unaufhaltsam, raslos. Nur ein Blick zurück. Dort bezeichnen Halle, Halberstadt, Altenburg, Rassel, Leipzig, Braunschweig, Nürnberg unseren Weg. Der neue Meilenstein heißt Hamburg. Noch stehen Hunderttausende der Berufskollegen draußen, uns fern. Noch ist in ihren Reihen die Noth groß, noch schmachten sie in den Sklavenketten des Kapitalismus, noch ist es Nacht in ihren Köpfen, sorgen wir, daß auch dort der Tag andrückt. Ein Heer von Siechen und Pflanzlingen giebt Kunde von den Sünden der heutigen Gesellschaftsordnung, von den Ent-

behrungen der Väter, von der Ueberarbeit erwerbsthätiger Mütter, vom Hunger ganzer Volkschichten. Der Fluch des kapitalistischen Ausbeutungssystems ist die Abneigung und Unlust, die Abgestumptheit, die Abneigung und der Widerwillen so großer Arbeitermassen gegen alle Organisation. Nicht abwärts zur Sklaverei, zur lebenslänglichen Knechtschaft darf die Kollegenschaft schreiten, nein, nur aufwärts und uns, den Organisirten, ist die Aufgabe zugefallen, der großen Masse den Weg zu bahnen und zu weisen.

Auf doppeltem Wege muß sich die Befreiung des Menschengeschlechts vollziehen — durch ökonomische Wandlungen — und durch die Veredelung der Menschen selbst. „Kommt zu mir Alle, die Ihr im Dunklen irt und sucht“, ruft die Organisation den Indifferenten zu, „ich will Euch den sicheren Weg zu den Gärten des Glückes führen“. In dem einen Begriff — Erkenntnis — liegt die Zukunft unserer Berufskollegen, sie ihnen zu bringen, wollen wir auch im nächsten Jahrzehnt keine Mühe und Arbeit scheuen.

Den Handelsarbeitern gebührt die Palme, die Pionire der Organisation gewesen zu sein. Vor einem Jahrzehnt füllten sie allein die Cadres unserer damaligen Lokalvereine. Ihnen folgten nach und nach die anderen Branchen, und der Zusammenschluß aller Handels- und Transportarbeiter in einer Organisation, er hat Allen Segen gebracht. Handel, Transport und Verkehr greifen ineinander, wie die Räder eines Uhrwerks, dessen Maschinerie nur funktioniert, wenn alle Theile sich zu einem Ganzen verbinden und bei der Arbeit ineinandergreifen. Dank der modernen Entwicklung mehrt sich die Zahl unserer Berufskollegen von Jahr zu Jahr. Mit dieser Vermehrung wächst auch unsere Kraft, unsere Macht, unser Einfluß auf die Verhältnisse. Die herrschenden Gewalten fürchten unsere wachsende Macht und suchen sie einzudämmen.

Diesem Bestreben gegenüber muß unsere Bewegung zum majestätischen Strom werden, der die Dämme des Feindes spielend durchbricht und sich ausbreitet, die Kultur des Menschengeschlechts befruchtend. Die vereinten Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, sie bilden eine Macht, der auf die Dauer auch der Mächtigste nicht trotzen kann, denn sie sind im Stande, der modernen Gesellschaft auf einen Schlag die Lebensadern zu unterbinden.

Handel und Verkehr sind die modernen Träger der Kultur, sie haben die fernsten Völker einander nahe gebracht und werden deren Annäherung in Zukunft noch mehr vollbringen. Und wir, die Handels- und Verkehrsarbeiter, sind es, auf deren Schultern der ganze Aufbau der Zivilisation ruht. Verweigert dieser Hercules, der heute die Welt trägt, seine Dienste, dann hat das letzte Stündlein des Kapitalismus geschlagen. Noch reibt sich der Riese, der Arbeiter des zwanzigsten Jahrhunderts schlaftrunken die Augen, noch ist er sich seiner Kraft nicht ganz bewußt, doch schon rüttelt und schüttelt er an seinen Ketten. Einem Prometheus gleich hat der Kapitalismus ihn in sein Joch geschnitten, doch nicht für immer. Es kommt die Zeit des vollständigen Erwachens, dann greift der Riese zu, sprengt die fälschlichen Ketten, als wären sie von sprödem Blei, er greift dann hinauf in die Natur und holt sich herab seine ewigen Menschenrechte, die man ihm für die Ewigkeit verweigern wollte.

Im Streben zum Ganzen, im Streben für Organisation und Aufklärung steht die denkende Kollegenschaft ihre Aufgaben, im Blick und Wohlergehen der ganzen Menschheit ihr Ziel. Wie vor zehn Jahren todt auch heute wieder der Wahlkampf um die politische Macht.

das schaffende Volk verlangt sein ihm von der Natur verbrieftes Recht. Der Titan wird an seinen Unterbrücker Vergeltung üben.

Der Frühling ist ins Land gezogen. Draußen in Natur und Wald jubiliert der erwachenden Natur Perche und Nachtigall. Freiheitslieder entgehen und Weise und Feld, Baum und Strauch haben ihr in den schönsten Farben schillerndes Festkleid angelegt, die Wiederauferstehung des Lebens zu feiern. Ein Jubiläum!

Stern — — —
Durch dunkle Nacht dringen die ersten Strahlen der aufgehenden goldenen Freiheitssonne. Der Wonne-Mal der Menschheit, er ist näher denn je! — Aber noch will der Feind ihn uns entreißen.

Auf zum Kampf. Die Zahl der Streiter aus unseren Reihen muß sich im nächsten Jahrzehnt im gleichen Verhältnis wie im vergangenen mehren. Nur dann haben wir unsere Pflicht getan.

Dur Generalversammlung.

Wenn diese Zeilen in die Hände der Leser gelangen, dann ist die Generalversammlung in Hamburg bereits zusammengetreten, um über die weiteren Geschicke unseres Verbandes zu entscheiden. Auch zu dieser Generalversammlung sind wieder von allen Seiten eine große Anzahl von Anträgen zur Verhandlung gestellt, was das rege Interesse der Kollegenchaft an dem Verbande und seiner Entwicklung beweist. Wie wollen verfahren, die wichtigsten und einschneidenden Anträge im Nachstehenden etwas auf ihre eventuelle Wirkung zu beleuchten, um so ficher im Vorhinein etwas zur Klärung der Situation beitragen zu können. Der Wünsche sind recht viel, und nicht immer wurde bei diesen Wünschen die Möglichkeit ihrer Erfüllung von den Antragstellern bis ins kleinste Detail geprüft.

Zu Wünschen dieser Art gehört vor allem der Antrag, den „Courier“, unser Fachblatt, wöchentlicher erscheinen zu lassen. Die Kosten des Blattes betragen, die letzten 2 Jahre zusammengekommen, für Druck, Redaktion und Expedition rund 28.000 Mk. Wöchentlich, also 76.000 Mk., wären erforderlich bei Durchführung der Anträge Kassel und Köln. Da wir nun in gleicher Zeit nur einen Kassenüberschuß von rund 16.000 Mk. erzielt haben, so würde, um obige Summe zu decken, eine erhebliche Beitragserhöhung zur Durchführung dieses Antrages unbedingt notwendig sein. Durch die Raumerweiterung des Blattes sehr, dennoch nicht so, daß unter allen Umständen eine Verbilligung dieses Antrages geschaffen werden müßte. Radikale Verbilligung der überflüssigen Verfallensberichte, der Annoncen, des Adressen- und Bersammlungsanzeigers wird in Verbindung mit Einführung einer regelmäßigen Extrabeilage von 2 Seiten sozial am Raum schaffen, als zur Weiterentwicklung und zum journalistischen Ausbau des Blattes für die nächsten 2 Jahre unentbehrlich ist. Die Kosten einer solchen Reform würden pro Jahr etwa 1200 Mk. betragen und aufzubringen möglich sein. Für den journalistischen Ausbau, Berichterstattung aus fremden Ländern und für Übersetzungen aus anderen Sprachen dürften jährlich noch etwa 800 Mk. notwendig sein.

Die wichtigste Rolle wird die Beitragsfrage auf der Generalversammlung spielen. Die verschiedensten Anträge sind hierzu gestellt, und leider nicht immer in nächster Erwägung der Verhältnisse. Um berechnen zu können, wie hoch in Zukunft die Beiträge sein müssen, daß die Finanzlage des Verbandes nur noch zureichend auf der gegenwärtigen äußerst bescheidenen Höhe zu halten ist, dafür einige Zahlen:

Im Budget unseres Verbandes spielt die stetige Steigerung der Unterhaltungsausgaben die wichtigste Rolle. Die Mitgliederzahl ist in den letzten beiden Jahren nur um 8,6 pCt. gestiegen, während die Steigerung der Unterhaltungen 50-300 pCt. betrug. So wurden ausgegeben für

	Arbeitslosenerhaltung	Krankenunterstützung	Vererdigungsbeihilfe	Rechtschutz
1899/1900	7998,06	28063,16	3532,10	6884,13
1901/1902	28610,18	57023,54	9473,20	10146,53

Der Nebenschuß unserer Kasse beträgt im gleichen Zeitraum nur rund 16.000 Mk., wovon noch 9.000 Mk. auf das letzte Quartal 1902 entfallen, in dem ganz ausnahmsweise keine Lohnbewegungen zu verzeichnen waren. Auf eine annähernd gleiche Steigerung der Unterhaltungsausgaben ist in den nächsten Jahren mit voller Sicherheit zu rechnen, tritt diese ein, so muß ein Defizit, und nicht etwa ein kleines, im Budget die Folge sein. Solchen sicher eintretenden Eventualitäten muß rechtzeitig vorgebeugt werden, oder die Waldsterber der Organisation verlagert eines schönen Tages und dann? Was dann? Aber nicht nur das, auch vermehrte und verstärkte Agitation ist in der nächsten Zeit notwendig, und auch diese kostet Geld. So wird also wohl oder übel daran gedacht werden müssen, die Finanzkraft des Verbandes rechtzeitig zu stärken. Wir sind ja auch überzeugt davon, hätte man in verschiedenen Orten Kenntnis von dieser Sachlage gehabt, dann würde man schon aus Vernunftgründen nicht so sehr gegen eine kleine Erhöhung des Wochenbeitrages gemotzt haben.

Andererseits verlangt auch die Durchführung der obligatorischen Krankenunterstützung, was wohl jedem Kollegen begreiflich ist, erhöhte Mittel, um so befriedigender ist es denn, daß gerade aus Orten, die mit aller Verne für eine derartige Regelung der Unterstützung eintreten, eine Ermäßigung des Beitrages, und sei es auch nur des Widerstandsfonds, beantragt wird. Ein derartiges Vorgehen würde der vollständige finanzielle Ruin des Verbandes sein.

Andererseits wird es schon aus agitatorischen Gründen nicht möglich sein, dem Antrag Kassel, wonach der Wochenbeitrag in Zukunft 35 Pf. betragen soll, stattzugeben. Die Verhältnisse erlauben uns nur einmal nicht, so sehr dies im Interesse des Verbandes läge, derartige Sprünge zu machen. So wird man wohl den goldenen Mittelweg gehen und dem Antrag Waggberg-Damburg-Bremen auf 30 Pf. Wochenbeitrag zustimmen.

Wenn nicht alle Vorschläge trügen, ließe sich bei diesem Beitragsfuß und einer Ablieferungsquote von 70 pCt. an die Hauptkasse, die obligatorische Krankenunterstützung einführen, und wir hätten ein beträchtliches Stück Weg in Bezug auf Ausbau unseres Unterstützungs-systems vorwärts getan.

Die Krankenunterstützung vom ersten Tage an zu gewährleisten, wie Herrich dies beantragt, daran ist natürlich bei der gegenwärtigen Finanzlage des Verbandes nicht im entferntesten zu denken. Die further Kollegen haben zwei Anträge gestellt, die sich gegenseitig diametral gegenüberstellen und sich auch gegenseitig ausschließen, Erniedrigung der Beiträge zum Widerstandsfonds und durch Wegfall der Karenzzeit bedeutende Erhöhung der Krankenunterstützung. Das wäre des Guten denn doch zu viel, und eine reifliche Überlegung hätte die Kollegen unserer Meinung nach ganz bestimmt veranlaßt, den einen oder den anderen Antrag nicht zu stellen. Solche Dinge können wohl mal in der Hitze des Gefechts passieren, sie müssen aber dort ausgeschlossen sein, wo Zeit zu ruhiger Berechnung und Überlegung vorhanden war.

Genau dasselbe ist bezüglich des Antrages Leipzig auf Einführung der Releventversicherung zu sagen. Leipzig hat sich gegen jede Beitragserhöhung ausgesprochen, will aber keine Unterhaltungen einstreifen. Wenn hier auch die Einschränkung „unseren Klassenverhältnissen entsprechend“, gebraucht wird, so haben wir doch schon zahlenmäßig nachgewiesen, daß die gegenwärtigen Beiträge auf die Dauer nicht zur Erhaltung der bestehenden Unterhaltungen ausreichen, geschweige denn eine Neueinführung oder Erweiterung von Unterhaltungen zulassen. Es geht nur eins, entweder thut man genügend Geld in denbeutel, um nachher auch nach Bedarf herausnehmen zu können, oder man läßt dies sein und muß dann auch das Herausnehmen sein lassen. Wenig hineinrum und viel herausnehmen, dazu bedarf es einer Ozeanfläche mittelalterlicher Art, über die wir leider nicht verfügen. Bei allen Kassenfragen werden die Kollegen gut thun, weniger das Gefühl und desto mehr den Verstand sprechen zu lassen.

Anderes nicht es mit den Anträgen Waggbergs. Die dortigen Kollegen beantragen ebenfalls eine nicht unwesentliche Erhöhung der Unterstützung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit, aber sie haben auch die Konsequenzen ihrer Anträge durch ihre Stellungnahme zur Beitragserhöhung gezogen, ob freilich der beantragte Satz genügen wird, um die sich aus den angegebenen Unterhaltungssteigerungen resultierenden Ausgabenummen zu ergänzen, das bedarf noch sehr eingehender Prüfung und Erwägung.

Den Anträgen Weimar-Jena, die Beiträge unter keinen Umständen zu erhöhen, weil dies bei den gegenwärtigen Lohnverhältnissen der Kollegen nicht durchführbar sei, wird man gerade aus den angeführten Gründen nicht stattgeben können. Niedrige Löhne beweisen nur, daß alles getan werden muß, um sie zu erhöhen. Das kann aber nur dann geschehen, wenn die Organisation Pulver hat. Wir befinden uns wie in der aufsteigenden Konjunktur, sie gilt es auszunützen, um den Unternehmertum wenigstens das abzurufen, was die Kollegen zu dem Lebens-Uberdurst gebrauchen. Das muß die erste Aufgabe der Gewerkschaftsorganisation sein. Wir sind in erster Linie eine Kampfesorganisation, und wir wollen es bleiben. Da aber zum Kampfe immer die notwendigen Moneten gehören, so wollen wir uns nicht erst lange ipretzen, diese zu beschaffen.

Der strategische Aufbau unserer Organisation bedingt vor allen Dingen auch den weiteren Ausbau der Gaugitation. Dieses Spielchen hat sich, wie aus dem Vorstandsbericht zu ersehen, im Großen und Ganzen vorzüglich bewährt. Daß ausnahmsweise auch Willkür vorzukommen, ist auf die Neuheit der Einrichtung wesentlich zurückzuführen. Eine sorgfältige Auswahl muß besonders bei Reuanstellungen getroffen werden; der Rollen eines besoldeten Gaugitators gehört zu den schwierigsten und steht vor allen Dingen Luit und Liebe zur Sache, Fleiß und Unermüdblichkeit, sowie Tatgefühl voraus. Dort, wo diese Eigenschaften nicht oder nicht genügend vorhanden sind, müssen auch die Erfolge ausbleiben.

Unter den herrschenden Umständen wäre eine Verminderung der Gaugitatoren ein Rückschlag für den Verband, so gut also der diesbezügliche Leipziger Antrag vielleicht gemeint sein mag, so wenig würde er dem Verbande Nutzen bringen. Daß Leipzig die Arbeit für den Gau Sachsen so nebenbei mit übernehmen kann, ist schon deswegen ausgeschlossen, weil es selber leider bezüglich der Zahl der verkauften Beitragsmarken gegenüber der vorhergehenden Berichtsperiode einen Rückgang aufzuweisen, während alle anderen Orte Sachjense dank der Gaugitation ausnahmslos Fortschritte zu verzeichnen haben. Den Leipziger Kollegen, die selbst eine Scharte auszuweihen haben, noch mehr Arbeit aufzubürden, das könnte und müßte naturgemäß, und ohne daß die Leipziger dies wollen, einen allgemeinen Rückschlag herbeiführen.

Die Arbeitsverhältnisse unserer Berufskollegen sind leider allgemein so gestaltet, daß ihnen die notwendige Zeit zur Beforgung der Organisationsarbeiten nur in den wenigsten Fällen zur Verfügung steht. Die Organisation kann in Folge der besagten Verhältnisse erst dann aufblühen, wenn wenigstens in den Großstädten unabhängige Kräfte zur Verfügung stehen, dies steht uns die Erfahrung der letzten Jahre zur Genüge. Im übrigen bedarf es nur des eingehenden Studiums des Vorstandsberichtes; an der Hand desselben wird jeder Kollege berechnen können, welche Maßnahmen dem Verbande Nutzen bringen, und welche ihnen Schaden zufügen könnten. Niemand unter unseren Verbandsmitgliedern wird — dessen sind wir vornehmlich überzeugt — Handlungen begehen wollen, die zum augenblicklichen Schaden der Organisation beitragen müßten, und nur die Unkenntnis

der Lage hat wohl so manchen Antrag gezeitigt, den die Generalversammlung im Interesse des Gediegens der Organisation begraben müssen wird.

Von allen Seiten treten immer größere Aufgaben an unseren Verband heran, die wirtschaftliche Krise ist zum größeren Teil überwunden, eine neue Prosperitätsperiode scheint, wenn nicht alle Wahrnehmungen trügen, zu beginnen, und diese muß für die Kollegenchaft zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen ausgenützt werden. Die Möglichkeit dazu ist aber nur dann gegeben, wenn die Organisation als solche auf der Höhe der Zeit steht und im Stande ist, die gebotene günstige Gelegenheit nicht ungenützt vorübergehen zu lassen. Es gilt also, die Festung auszubauen und mit Schanzen und Gräben zu umgeben, sie mit den weittragendsten Geschützen und der besten Munition zu versehen, wobei immer nicht der guten Verproviantierung vergessen werden darf, um die Besatzung nicht nur widerstandsfähig, sondern auch zu Ausfällen brauchbar zu machen. Das wird die Aufgabe unserer Generalversammlung sein.

Einen vollen Erfolg

haben die Berliner Weitergerüstbauer mit ihrer Lohnbewegung durch unsere Organisation erzielt. Der ehemalige Lokalarbeiter der Weitergerüstbauer schloß sich 55 Mann stark am 1. Mai v. J. unserem Verbands an. Wie den Lesern d. Bl. aus früheren Nummern bekannt ist, waren damals die Arbeits- und Lohnverhältnisse sehr mißliche und der Reform dringend bedürftig. Der Knechtur zu schaffen, war also Hauptaufgabe der Organisation. Vor allen Dingen galt es aber, diese selbst zu stärken und die Masse der Kollegen dem Verbands zuzuführen. Die Vorarbeiter (Poliere) schlossen sich in erster Linie der Vereinigung an und betrieben unter ihrem Mitarbeiten eine rührige Agitation. Dieser ist es zuzuschreiben, daß der Organisationsgedanke unter den Kollegen so schnell festen Fuß fassen konnte. Schon im Herbst vergangenen Jahres waren mindestens 80 pCt. der in der Branche Tätigen organisiert. Erfreulicher Weise hat dieses Verhältnis auch den Winter über, wo doch nur wenig Arbeitsgelegenheit vorhanden ist, Stand gehalten. Als in diesem Jahre zeitig günstige Witterung einsetzte, entwickelten sich auch die guten Konjunkturverhältnisse frühzeitig, so daß die Agitation mit aller Macht betrieben werden mußte. Zur Zeit gehören alle in der Branche Beschäftigten, ohne Ausnahme, dem Verbands an. Am Sonntag, den 8. März, wurde eine Lohnkommission gewählt, zu der auch der Bevollmächtigte, Werner, zugezogen wurde. Diese arbeitete den in voriger Nummer veröffentlichten Tarif aus und legte denselben am 21. März einer Versammlung zur Genehmigung vor. Am Tage darauf waren die Unternehmer bereits im Besitze der Forderungen; sie sollten sich bis zum 28. März entscheiden, andernfalls am 29. März die Arbeit niederzulegen war.

Kurz erwähnt sei, daß der Lohn bisher für Poliere 50-60 Pf., für Külltarbeiter 40-50 Pf. und für Schlagarbeiter 35 Pf. pro Stunde betragen hatte.

Die Firmen bewilligten hintereinander, die größeren voraus, und so war in drei Tagen die ganze Sache erledigt.

Folgender Tarif mußte glatt und ohne jeden Abstrich bewilligt werden:

- a) Die Arbeitszeit soll wie folgt geregelt werden:
 1. Im Sommer, d. h. während der Zeit vom 1. März bis 31. Oktober, von Morgens 7 bis Abends 6 Uhr, inkl. einer 1/2 stündigen Frühstück-, 1 stündigen Mittags- und 1/2 stündigen Vesperpause.
 2. Im Winter, d. h. während der Zeit vom 1. November bis 28. Februar, von Morgens 8 bis Nachmittags 4 Uhr; mit einer 1/2 stündigen Frühstück- und einer 1/2 stündigen Mittagspause.
 3. Die so festgelegte Arbeitszeit soll in jeder Hinsicht innegehalten werden. Falls Külltarbeit nicht genügend vorhanden ist, sind die Leute auf dem Lagerplatz zu beschäftigen. (Während starker Regen- oder Schneefälle ist die Arbeit event. anzupausen.)
 4. Der 2 o h n beträgt für Poliere 70 Pf., für Külltarbeiter 60 Pf. und für Arbeiter, welche ausschließlich Schlagarbeit verrichten, 45 Pf. pro Stunde.
 5. Sollte in dringenden Fällen die Arbeitszeit über 6 Uhr, höchstens aber bis 8 Uhr Abends, ausgedehnt werden, wird der Lohn für diese Zeit nicht erhöht.
 6. Arbeit, welche nach 8 Uhr Abends verrichtet wird, ist mit 50 pCt. Aufschlag zu bezahlen.
 7. Bei Nacht- resp. Sonntagsarbeit soll der Weg von und zur Arbeitsstelle als Arbeitszeit berechnet werden, mit der Maßgabe, daß der Weg stets von der Betriebsstelle aus berechnet wird.
 8. Bei denjenigen Firmen, wo Schlagarbeit von Külltarbeitern ausgeführt wird, ist für erstere derselbe Lohn wie für Külltarbeit zu zahlen.
 9. Für Fahrgeld ist jedem Arbeiter innerhalb der Berliner Reichsgrenze 1 Mk. zu vergüten, außerdem ist das Fahrgeld während der Arbeitszeit von der Firma zu zahlen. Bei Fahrten nach den Vororten ist den Arbeitern ein entprechender Zuschlag zum Fahrgeld zu vergüten und die Fahrgeld als Arbeitszeit zu berechnen.
 10. Die Lohnzahlung findet des Sonntags, Nachmittags um 5 Uhr, fällt der Zahlung vor einem Feiertag, dann um 3 Uhr Nachmittags, statt. (Weihnachten, Ostern oder Pfingsten.) Die Lohnzahlung findet im Komptoir oder auf der Arbeitsstelle statt und muß um 1/2 resp. 3/4 Uhr Nachmittags beendet sein.
 11. In Fällen, wo das Arbeitsmaterial nicht rechtzeitig zur Stelle ist, soll die Wartezeit in Höhe des Stundenlohnes bezahlt werden.
 12. Sämtliches zum Aufbau eines Gerüstes notwendige Material ist in einem guten und brauchbaren Zustande zu liefern, insbesondere hat der Unternehmer für gute Zugseilen Sorge zu tragen.
 13. Jede Kolonne hat, inkl. des Wollers, aus 6 Mann zu bestehen. Bei Kältungen über 22 Meter Höhe ist die Kolonne den Verhältnissen entsprechend zu erweitern.

14. Wegen Beshelligung an der Malfeter darf eine Maßregelung der Arbeiter nicht stattfinden.

15. Bei Neueinstellungen von Mitarbeitern, Magdeburger und Kutscher ist der Arbeitsnachweis des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter zu benutzen.

16. Maßregelungen wegen Durchführung des Tarifs dürfen nicht stattfinden.

17. Entlassungen der Kutscher wegen Arbeitsmangel dürfen im Winter nicht vorgenommen werden.

18. Der Tarif gilt vom 1. April 1903 bis zum 31. März 1905 und bedarf zwecks Aufhebung oder Abänderung einer gegenseitigen Kündigung von einem Monat vor Ablauf des Vertrages. Tritt von keiner Seite eine Kündigung ein, so gilt derselbe auf weitere zwei Jahre als verlängert.

Die Lohnkommission.

J. A.: August Werner.

Für die in Frage kommenden Kutscher sind, da dieselben sich nicht alle dem Verbands angeschlossenen haben, bei den verschiedenen Firmen auch verschiedene Abmachungen getroffen worden.

Der Tarif soll noch vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts seine Bestätigung erhalten.

Nur die kleine Firma Maß, bei welcher sich 3 Dachdecker zu Streikbrecherrufen bereit gefunden hatten, bewilligte nicht. Sie wurde einfach geperrt. Ihre früheren Leute sind anderweitig untergebracht.

Dieser glänzende Erfolg, er ist nur dem strammen Zusammenhalten der Kollegen und der Organisation zu verdanken. Jetzt gilt es aber, an dieser festzuhalten, sollen die Eigenschaften nicht bald wieder zum Tragen gehen. Der Tarif ist geschlossen, nimmst ihr darüber zu wachen, daß er von den Unternehmern auch eingehalten wird, und das ist die weitere Aufgabe der Organisation. Leitungsorgan, seid dessen stets eingedenk, daß Organisation und Einigkeit Euch den Sieg gebracht haben.

Ein Sieg.

Der Kutscherstreik bei der Firma Otto Kraak in Magdeburg ist glänzend gewonnen worden. Der Streik hat fünf Tage gedauert. Seit Donnerstag, dem 26. März, arbeiten sämtliche am Streik beteiligte Kutscher zu den neuen Bedingungen. Den Streikbrechern war es nicht verdonnert, ihr trauriges Weiter auszuhüben und die Firma hat einsehen müssen, daß die Zeiten vorüber sind, wo man die Kutscher für schwere Arbeit nur mit Futter und Schläge abspalten könnte. Dieser Streik war ein Ereignis von nicht geringer Bedeutung für unsere Magdeburger Kollegen.

Was jetzt hieft man es fast für unmöglich, Leute, die eine so unendlich lange Arbeitszeit haben, überhaupt zu organisieren. Viel weniger hat man ihnen zugehört, einen Streik mit so viel Energie und Entschlossenheit führen zu können. Selbst ein Teil unserer Kollegen stand diesem Streik pessimistisch gegenüber, um so viel größer ist auch bei ihnen die Freude über den glänzenden Erfolg.

Bei den Magdeburger Fuhrwerksbesitzern hat der Streik allerdings andere Gefühle erweckt. Bei ihnen schlug er ein wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Sie können es heute noch kaum fassen, daß es wirklich Kutscher gewesen sind, die gestreikt haben. Dachten sie doch, daß die Sklaventeile, die ihre Knechte gestellt hielt, vorläufig nicht geperrt werden könnte. Und sie wäre auch nicht gelockert worden, wenn nicht von Seiten der Organisation rüstlos die Aufklärungsarbeit betrieben worden wäre. Nur die Unwissenheit der Arbeiter ist das Fundament, auf dem die Herren seit Jahrhunderten ihre sorgenfreie Existenz aufgebaut haben. Dieses Fundament ist durch die Aufklärungsarbeit der Organisation ins Wanken gekommen. Dieser Streik hat den Herren bewiesen, daß man selbst Arbeiter, die kaum Zeit haben zu essen und zu schlafen, die nichts anderes vom Leben kennen wie Arbeit, viel Arbeit und wenig Lohn, beibringen kann, daß sie nicht nur zum Arbeiten geboren sind, sondern daß sie Rechte, Menschrechte haben, die von ihren Herren bis jetzt brutal mit den Füßen getreten worden sind. Ja, für Magdeburger Fuhrherren, eure Kutscher, eure Knechte sind erwacht; sie haben lange geschlafen, aber nicht so lange, daß es unmöglich gewesen wäre, sie aufzuwecken! Und gerade deshalb ist der Streik für die Magdeburger Kollegen ein Ereignis von nicht geringer Bedeutung.

Aber auch die Lohnaufbesserungen sind nicht unbedeutend. Vor dem Streik zahlte die Firma im Sommer 19 Wk. und im Winter 17 Wk. Wochenlohn. Jetzt hat sie 20 Wk. Wochenlohn das ganze Jahr hindurch zu zahlen. Das ist eine Aufbesserung von 2 Wk. wöchentlich im Durchschnitt. Auch werden sämtliche Fuhrer, bei denen die Kutscher früher nur auf Trinkgeld angewiesen waren, von der Firma extra bezahlt. Das Jahresgeld für Kandidaturen ist von 2,25 Wk. auf 3 Wk. erhöht. Sind des Sonntags Omnibus- oder Kutschfahrten zu machen, so werden dieselben extra bezahlt.

Ferner wurde die einstündige Mittagspause gewährt. Auch können die Kutscher jetzt des Sonntags um 9 Uhr Vormittags nach Hause gehen; vor dem Streik durften sie dieses erst um 5 Uhr Nachmittags.

Daß uns dieser Sieg nicht leicht gemacht worden ist, daß man Alles aufgeben hat, um uns eine Niederlage zu bereiten, braucht wohl nicht besonders betont zu werden. Am Freitag sowie am Sonnabend Morgen schon um 8 Uhr früh waren 12 Schupsteine aufgeben, um die Arbeitswilligen zu schützen und das Streikpostensystem zu verhindern. Der Firma gelang es auch unter diesem Schutz genügend Streikbrecher zu bekommen. Aber schon am zweiten Tag wurde ihr klar, daß sie auf die Dauer mit diesen Leuten nicht arbeiten könnte. Sie schafften kaum bald so viel Fuhrer wie die streikenden Kutscher. Und wie sie das Fuhrer verstanden haben, davon zeugen heute noch 12 Dugend abgebrochene Wagenstangen und ein total kaputtgebrochener Schwengel. Man sah sich daher genötigt, wollte man den Betrieb regelrecht weiter führen, mit den Kutschern zu unterhandeln. Da war

mit einem Mal keine Rede mehr von der Bagage, die man den Kutscher über durchgeföhrt hat, von den ungesägten Forderungen, die es gewagt haben, eine unerschämte Forderung zu stellen, da sagte man nicht mehr, man wolle „Herr im Hause“ sein und die Kutscher hätten den Mund zu halten und zu arbeiten, sondern man lenkte ein und mischte, als die Kutscher auf ihre Forderungen beharren, dieselben bewilligen. Würden die streikenden Kutscher nicht von der ersten bis zur letzten Stunde einmütig zusammengestanden haben, hätten sich aus ihren Reihen auch nur 3-4 Streikbrecher gefunden, dann hätte die Firma triumphieren können. Aber keiner der Streikenden hatte Lust, der Firma diesen Genterdienst zu leisten.

Ihrer Einigkeit und Entschlossenheit ist dieser doppelte Erfolg zu danken.

Diese Einigkeit und Entschlossenheit wurde aber erst durch die Organisation geschaffen. Unser Verband hat hier die erste Breche gelegt. Sollen ihr weitere folgen, dann muß die Parole unserer Berufskollegen lauten: „Stein in die Organisation!“

Und wenn jeder unserer Magdeburger Kollegen, unsere Verwaltungsstelle hat jetzt 1020 Mitglieder, seine Schuldigkeit thut, wenn sie Alle mit derselben Opferwilligkeit für die Erreichung des Verbandszweckes eintreten wie die Kutscher der Firma Kraak, dann werden wir in nächster Zeit mit den rückständigen Verhältnissen in den hiesigen Betrieben gründlich aufräumen können.

Kollegen! Ihr müßt es Alle. Darum an die Gewehre. Erfürmt die Festung der Unwissenheit! Mittel die Schlafes, die indifferenten Kollegen auf, führt sie der Organisation zu, dann werden eure Ketten fallen, in die Euch bis jetzt Unverstand und Selbstsucht gefesselt hielt.

Durch Kampf zum Sieg!

„Brave“ zufriedene Fuhrleute

gibt es noch in Rheinland-Westfalen oder wenigstens scheint es noch solche zu geben. Die Fuhrleute Eberfeld-Barmens haben befallmlich in Anbetracht der Tatsache, daß ihre Arbeitsverhältnisse in der letzten Zeit unermäßig geändert waren, sich aufgerafft, unseren Verbande angeschlossen und an ihre Arbeitgeber bestehende Forderungen auf Verbesserung der Arbeitsbedingungen gestellt. Die Fuhrherren sind natürlich über diese Frechheit ihrer bisherigen „Knechte“ ganz außer Rand und Band. Sie versuchen alles Mögliche, um das kommende Uebel von sich abzuwenden und scheuen dabei auch vor den schäblichsten Mitteln nicht zurück, nur um ihren Zweck zu erreichen. Die Zeiten waren ja auch zu schön, in denen die Fuhrwerksbesitzer sich als Herren ihrer Knechte fühlen, wo man auf letztere noch in keiner Weise Rücksicht zu nehmen brauchte. Alles mühten sich damals die Fuhrleute gefallen lassen, was nur die „Herren“ für gut befanden und wehe dem Fuhrmann, der es wagte, Mensch unter Menschen sein zu wollen und menschliche Bedürfnisse zu haben. Solche Kerle warf man brutal auf die Straße, dort konnten sie dann über das begangene Verbrechen — derselbe Mensch sein zu wollen wie der Fuhrherr — nachdenken. Und doch — wir wollen gerecht sein — eine Vergünstigung war den Fuhrleuten gegeben, und diese wohl Gold und Geldeswerth in den Augen der Unternehmer auf. Den Fuhrleuten wurde gnädigst gestattet, ihre Ausbeute zu Ehrenmitgliedern in den Fuhrmannsvereinen erwähnen zu dürfen. Die Arbeitgeber gerührten allernüchtern, fast immer die Ehrenmitgliedschaft anzunehmen und so Protektor und Mätker der Vereine zu werden.

Die Ehrenmitgliedschaft der Fuhrherren in den Fuhrmannsvereinen war freilich für die Unternehmer weit nützlicher als für die Fuhrleute selbst. Als Ehrenmitglieder konnten die Arbeitgeber die Leitung der Vereine so dirigieren, daß „revolutionäre“ d. h. nicht im Interesse des Unternehmertums liegende Tendenzen nicht aufkommen konnten. Unter diesen Umständen wurden die eigenen Vereine den Fuhrleuten zu Ketten, die bestimmt waren, jede freiere Regung zu hindern.

In der Ueberzeugung, daß es nie und nimmer gelingen werde, die rheinisch-westfälischen Fuhrmannsvereine zu Interessensvereinen der Fuhrleute zu machen, thaten sich die Kollegen in Eberfeld-Barmens zusammen, um sich unserem Verbande, der einzig in Deutschland existierenden wirklichen Interessensvertretung der Fuhrleute, anzuschließen. Und nun ging es vorwärts, die Fuhrleute hatten endlich eine Organisation, die nur ihre Interessen, aber nicht die der Fuhrherren vertrat. So entwickelte sich die selbige Lohnbewegung, die den Fuhrherren so sehr ein Dorn im Auge ist.

Man sollten die Fuhrmannsvereine offen werden, was sie bisher schon immer im Stillen gewesen, die Rettungskammer der Unternehmer. Die Vorstände der Fuhrmannsvereine mühten, gezwungen durch die Ehrenmitglieder, gegen die eigenen Mitglieder in die Schanze zu springen, einen Schwulst gegen die eigenen Kollegen bilden.

Die Unternehmer diffidieren den Vorständen der Fuhrmannsvereine die Kriegserklärung gegen unseren Verband in die Feder und so kam denn folgendes fürchterliche Produkt, dem man den Verfasser sozusagen schon an der Nase ansieht, zu Stande.

Der Vorstand des Vereins der Kutscher, Fuhrleute und Berufsangehörigen zu Eberfeld-Barmens nahm in seiner Vorstandssitzung vom 22. März folgende Stellung zur Lohnbewegung: Gegenüber der in letzter Zeit an die Arbeitgeber im Transportgewerbe gerichteten Aufforderung, betreffend die anderweitige Regelung des Arbeitsverhältnisses und der hierbei zu Tage tretenden parteipolitischen Agitation sieht sich der Vorstand veranlaßt, folgende öffentliche Erklärung abzugeben: 1. Das Rundschreiben des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Eberfeld-Barmens und der Lohnkommission, unterzeichnet N. A. Detminger, A. Grabbe und J. Köffel vom 22. März 1903 ist nicht unter Mitwirkung oder Zustimmung unseres Vereins

oder des Verbandes der Kutscher, Fuhrleute und Berufsangehörigen Rheinlands und Westfalens verfaßt oder verfaßt worden. — 2. Der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter hat mit unserem Verein über die Lohnbewegung keine Verhandlungen geschlossen. — 3. Bemüht in jeder rechtlich zulässigen und angängig erscheinenden Weise die Wohlfahrt der Vereinsangehörigen zu fördern, erachten wir als unsere Pflicht, nur solche Forderungen aufzustellen, deren Erreichung nach Lage der Verhältnisse auch möglich ist und verneinen es, blos um einer Demonstration einer politischen Partei willen, die angeschlossenen Mitglieder mit Forderungen, welche von vornherein ausichtslos sind, in einen Lohnkampf zu führen, der notwendig schwere Schäden der betroffenen Arbeiterklassen zur Folge haben muß. Wir werden diejenigen Forderungen erheben und mit Nachdruck vertreten, welche im Interesse einer geordneten Lebensführung unserer Berufskollegen gestellt werden müssen und mit den Verhältnissen im Transportgewerbe vereinbar sind. Dagegen müssen wir energisch protestieren, daß der vom Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter geforderte Arbeitsnachweis in dessen Hände gelegt wird. Auch unsere Forderung geht dahin, daß ein geeigneter Arbeitsnachweis für das Transportgewerbe eingerichtet wird. Derselbe darf aber nicht in die Hände einer politischen Partei gelegt und zu politischen Parteizwecken ausbeutet werden. — 4. In der am 9. März im Lokal von Gesebrink hier abgehaltenen Versammlung ist mit wünschenswerther Deutlichkeit von den im Zentralverbande maßgebenden Stellen darüber Aufklärung gegeben worden, welche Veranlassung es ist, mit dem geforderten Arbeitsnachweis haben soll. Der Arbeitsnachweis soll nur für die Angehörigen des Zentralverbandes sein. Jeder andere Berufsgenosse, der nicht dieser sozialdemokratischen Organisation angehört, soll von der Benutzung des Arbeitsnachweises ausgeschlossen sein. Die Arbeitgeber sollen gezwungen werden, nur durch den Arbeitsnachweis des Zentralverbandes vermittelte Arbeiter anzunehmen und alle diejenigen Leute, welche nicht dem Zentralverbande angehören, zu entlassen. Erfolgt die Entlassung nicht auf Aufforderung des Zentralverbandes, so treten Zwangsmaßnahmen seitens der Arbeitgeber ein. Der Zentralverband will also Terrorismus der schlimmsten Art üben und auf diese Weise sämtliche Arbeiter im Handels- und Transportgewerbe, welche nicht in das sozialdemokratische Dorn taten, zwingen, ihre Gesinnung zu ändern; entweder müssen sie mit den sozialdemokratischen Genossen mitlaufen und sich ihrer Parteiorganisation anschließen, oder sie fliegen auf die Straße. Sie sollen nicht etwa vom Unternehmertum, sondern von ihren eigenen Berufskollegen brotlos gemacht werden. Ob die auszusperrenden Leute verheiratet sind und Familie haben, kümmert die im Zentralverbande organisierten Genossen nicht. Alle Arbeiter, die nicht ihrer Parteimeinung zustimmen und ihrer Organisation angehören, scheinen eben keine Existenzberechtigung zu haben. Das ist die Freiheit der Gesinnung und des Handelns, welcher unsere Vereinsmitglieder sich vom Zentralverbande der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands“ zu erkennen haben. Solange wir noch eine eigene Meinung haben, sind wir zur Erhaltung unserer Existenz gezwungen, an die Herren Arbeitgeber das öffentliche Ersuchen zu richten, keinen Arbeitsnachweis einzurichten, der zur Ausschließung von solchen Arbeitern dient, welche nicht dem Zentralverbande angehören. Vielmehr beanspruchen wir, wie den Arbeitgeber anderwärts schon dargestellt, einen Arbeitsnachweis auf neutraler Grundlage, welcher die Regelung des Arbeitsverhältnisses und Beschaffung der Arbeitsgelegenheit ohne Rücksicht auf gewerkschaftliche Organisation oder politische Parteilichkeit der Gewerbetreibenden bewirkt. Unseren Vereinsmitgliedern werden wir von dem Erfolge unserer weiteren Verhandlungen und Bemühungen Kenntnis geben.“

Styl und Inhalt dieses Machwerks beweisen, daß sein Verfasser nicht der Vorstand des Fuhrmannsvereins, sondern ein wackelhafter mit journalistischen Kniffen und Künften vertrauter Unternehmer ist. Daher auch die Qualität des Angriffs. Mit raffinierter Berechnung und in echt freilichig-jesuitischer Manier greift man zu der Waffe der gemeinen Verleumdung, um die Wirklichkeit, die Wahrheit zu verfehlen. Nicht der Vorstand des belagerten Fuhrmannsvereins, aber der Verfasser des Pamphlets, das jener losgelassen, ist ein moralisch ganz verkommenere, gesinnungsloser Haber-Lump. Man verzeihe uns den wenig parlamentarischen Ausdruck, wir konnten für die geleiteten Gemeinheiten keine treffendere Bezeichnung finden.

Es ist eine Verleumdung jesuitischer Art, unseren Verbande zu unterstellen, nur das Werkzeug einer bestimmten politischen Partei zu sein. Unser Verband ist keine Organisation der Sozialdemokratie, sondern lediglich eine Berufsvereinigung, die den Zweck darnach trägt, welcher politischen Richtung ihre Mitglieder angehören, die lediglich auf dem Grundsatze aufbaut ist: Vereinigung aller Berufsangehörigen zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder, mögen diese nun nach ihrer Religion Katholiken oder Atheisten, Evangelische oder Juden, mögen sie ihrer politischen Gesinnung nach freisinnige oder Konservative, Zentriale oder Sozialdemokraten sein. Wer unserem Verbande beitreten will, der braucht weder ein religiöses, noch ein politisches Glaubensbekenntnis abzulegen. So ist es in Wirklichkeit und wer etwas Anderes behauptet, der ist entweder reif für das Irrenhaus oder ein lächerlicher Sorte.

Nicht wir sind es, die zu terroristischen Versuchen, nicht wir wollen die Fuhrleute zwingen, ihre Gesinnung zu ändern, nein, das sei alles ferne von uns, nein, die Unternehmer haben seit jeher auf ihre Arbeiter den größten Terrorismus, den größten Gewissenszwang ausgeübt und wir wollen diesem Unternehmerterrorismus nur ein für allemal ein Ende machen. Wir wollen gründlich aufräumen mit der Sklaverei der Fuhrherren und nur deswegen hat sie

gegen uns, gegen unseren festen Hort die Organisation eine sinnlose Wuth ergreifen.

Dieses Vorgehen der Führer hat indeß auch sein Gutes. Es öffnet den bisher blind gewesenen Führern gründlich die Augen, es zeigt ihnen, weisen die Herren Arbeitgeber, wenn es die Wahrung ihrer Interessen gilt, fähig sind.

Die Vorstände der Fuhrmannvereine sind mit dieser Kundgebung die eigenen Todengräber ihrer Vereinigungen geworden. Auf den so selbst geschaffenen Ruinen der Fuhrmannvereine wird der Verband sein Banner aufpflanzen und neues Leben wird und muß dann aus dem alten Schutt und Moder emporblähen. Es wird dies das Leben des Klassenbewußtseins und der Freiheit sein.

Ihr Führer von Rheinland-Westfalen laßt Eure Interessen nicht länger von den jetzigen Vorständen der Fuhrmannvereine und ihren Helfershelfern aus Unternehmungskreisen meuchlings erdrosseln, räumt schnellig auf und sorgt dafür, daß alle Fuhrmannvereine mit Mann und Maus, ausschließlich natürlich der Ehrenmitglieder, in den Verband aufgehen.

Nur dann, wenn dies geschieht, wird endlich eine Besserung unserer so überaus traurigen Arbeits- und Wohnverhältnisse möglich sein, werden wir unseren Familien mehr und schmackhafteres Brot bieten können. Je mehr die Führer über uns und unsere Organisation schimpfen und randalieren, desto mehr bewiesen sie, wie sehr wir auf dem rechten Wege sind, denn bandelten wir nicht im eigenen Interesse, sondern in dem der Arbeitgeber, dann würde man in jenen Kreisen des Lobes über unsere Organisation und unser Vorgehen voll sein. Nur weil wir die Interessen der „Bretten“ nicht wahrnehmen, schimpfen sie nach Rohrspaßart über uns.

Kollegen, überall tobt der Kampf, nun gilt es, treu zur Fahne zu halten, derselben stets neue Rekruten zuzuführen, nur dann sind wir im Stande, den dräuenden aus allen Höllensstunden Feuer und Verderben spendenden Feind aus immer aus seinen gewiß nicht schwachen Positionen zu werfen.

Dur Frage der Wittwen-Unterstützung.

Fürth i. B. Ich erlaube mir noch einmal das Wort zu nehmen, um speziell auf einen Punkt zu erwidern, den Kollege Dreher mir als Beweis dafür anführen zu können glaubt, daß in Bayern der Beitrag hierzu leicht gezahlt werden könnte.

Ich beabsichtige nicht, die gesammelten statistischen Aufzeichnungen und Berechnungen des Kollegen Dreher einer Kritik zu unterziehen oder sie zu bezweifeln, da mir keine Gelegenheit gegeben ist, sie durch Gegenbeweise zu widerlegen.

Ein Punkt ist es, den er hauptsächlich gegen meinen Einwand: „Der Verdienst sei im Allgemeinen zu gering, um diesen Beitrag aufbringen zu können“, anführt. Er schreibt:

„Nach der jüngsten Verbrauchsstatistik der Bayerischen Regierung trat jeder männliche Bayer über 20 Jahre im Jahre 1902 1223 Liter Bier.“

Wenn wir uns dieses Quantum einmal etwas näher ansehen, so finden wir, daß dies pro Jahr 307,62 Mk. oder für jeden Tag 87,4 Pfennige ausmacht. Jeder über 20 Jahre alter Arbeiter (im Sinne D.'s) trinkt pro Woche 51 Glas (1/2 Liter) und gibt dafür 6,12 Mk. aus.

Wenn Dreher nun weiter schreibt: Die Kollegen in Bayern brauchen pro Woche nur 1 1/2 Liter (2 1/2 Glas) weniger zu trinken, um den Beitrag zu erübrigen, so ist dies ja vollständig richtig. Anders ist es mit den zum Konsum verbleibenden 1254 Litern Bier, die die meisten unserer Kollegen in ganzen Jahren mandamental nicht zu Gesicht bekommen, vielmehr konsumieren. Jeder Kollege, der Gelegenheit hatte, sich längere Zeit in Bayern aufzuhalten, weiß ja, daß das Bier ein Nahrungsmittel der Bevölkerung mit bildet, das im Verhältnis zu anderen Staaten bei uns mehr konsumiert wird. Aber auch das weiß jeder unserer Kollegen in Bayern, daß unter 100 Arbeitern keine 8 sind, die durchschnittlich pro Woche 6,12 Mk. für Bier ausgeben können. Wenn wir als Durchschnittslohn 18 Mark pro Woche annehmen, also hoch greifen, dann ist es wohl für Jedermann verständlich, daß unsere Kollegen kein Drittel ihres Verdienstes für Bier anlegen können.

Auf einer Ausstellung im „Arbeitsmarkt“ vom 1. März 1903 sollen die Haushaltungs-Konsumkosten für eine Familie in München 22,24 Mark betragen. Nun kommt hinzu Wohnung, Heizung, Kleidung und sonstige notwendige Ausgaben, die gemacht werden müssen, wo sollen da für das Bier noch 6,12 Mk. herkommen, wenn der Verdienst im günstigsten Falle schließlich doch 20 oder 21 Mark beträgt?

In meinem ersten Artikel zu dieser Sache habe ich auch erwähnt, daß sich der Kollege in der Woche noch 26 Pfennige vom Biergeld abzwacken könnte. Dies soll aber in erster Linie nicht geschehen, um den Beitrag zur Wittwenunterstützung aufzubringen, sondern der Kollege soll den Beitrag auch ohne seine Frau, die dem Verband freiwillig gegenüber steht, als Verbandsbeitrag leisten. Und auch da stimmt die Rechnung des Kollegen Dreher nicht ganz, wenn er nur von den 30 Pf. Beitrag spricht. Nach meinen ersten Ausführungen ist die Einrichtung der Wittwenunterstützung als Mittel gedacht, die Frauen zu freieren unserer Organisation zu machen, damit die Männer heranzuziehen. Selbstverständlich kann nur der der Versicherung beitreten, der zugleich Mitglied unseres Verbandes ist, und sind in dem Falle pro Woche nicht 80, sondern 55, mit Wberlandsmarken 80 Pf. zu bezahlen. Also reichen in diesem Falle auch die 1 1/2 Liter nicht aus, Kol. Dreher!

Nun werden mich Kol. Dreher und auch verschiedene freundliche Leserinnen gewiß für einen recht herz-

gewissenlosen Menschen halten, der sich seiner sittlichen Pflicht nicht bewußt ist; ich bin jedoch überzeugt, daß mich meine Frau anders beurtheilt, und glaube auch thatsächlich weder das Eine noch das Andere zu sein. Deshalb habe ich mich auch der gemäßigtesten Form der politischen Organisation angeschlossen und arbeite in beiden mit Hunderttausenden Gleichgesinnter dahin: der gedrückten Arbeiterklasse Aufklärung zu verschaffen, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu erringen (und wir müssen sie erringen), dann können wir sagen, daß wir unseren Kindern ein ganz gutes Erbtheil hinterlassen haben.

Sehen dies erst die Frauen ein, dann ziehen sie wahrscheinlich das Vorgehen der Wittwenunterstützung vor.

Zimmerlin könnte durch vorgebrachte Formulare bei sämtlichen Mitgliedern des Verbandes eine Umfrage gehalten werden.

Die Generalversammlung hätte einermassen einen Entsch. wie viel sich im Anfange beteiligen, und könnte vielleicht auf Grund dessen weitere Vorarbeiten regeln. Reinmüller.

Aus unserem Beruf.

Bierführer.

Breslau. Die Berliner Schultheiß Brauerei eröffnete hier vor kurzer Zeit eine Filiale. Unsere Verwaltung wandte sich folgebessenen an die Direktion der Brauerei in Berlin mit dem Ersuchen, die notwendigen Arbeiter von unserem Arbeitsnachweis entnehmen zu wollen. Daraufhin ging uns von der Direktion der Brauerei folgende Antwort zu:

Berlin, den 10. März 1903.

Zentralarbeitsnachweis zc.

Breslau, Margarethenstr. 17. Ihre gefällige an unseren Herrn Direktor Merten gerichtete Zusage vom 7. d. Mis. liegt uns zur Erledigung vor. Um bei Eröffnung unserer dortigen Niederlage sofort geschultes Personal zur Hand zu haben, ist es erforderlich, daß wir einen Theil der Leute aus der Mitte der Arbeitnehmer unseres diesseitigen Hauptbetriebes auswählen.

Dagegen sind wir gern bereit, bei Einstellung der noch weiter erforderlichen Arbeitskräfte, soweit solche nicht schon durch unseren dortigen Beamten erfolgt ist, Ihren Arbeitsnachweis nach Möglichkeit zu benutzen und haben wir bereits entsprechende Anweisung gegeben.

Schachtungswoll

Schultheiß Brauerei, Aktiengesellschaft. Dieses Entgegenkommen ist gewiß erwärmend. Andererseits können die Kollegen sehen, wie unser Verband in jeder Richtung bemüht ist, Ihre Interessen wahrzunehmen und den Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen.

Feinstreupoker.

Berlin. Der Streit bei der Firma Stähr dauert fort. Da die Bewegung weiter um sich zu greifen scheint, ist Bezug bis auf Weiteres nach Berlin unter allen Umständen fern zu halten.

Die Streitenden haben bereits eine Genossenschaft gebildet, deren Konkurrenz die Unternehmer schon in der nächsten Zeit erheblich zu spüren bekommen werden.

Eine Lohnbewegung haben die Hamburger Feinstreupoker mit vollem Erfolge durchgeführt. Den Unternehmern waren folgende Forderungen unterbreitet worden: Neunstündige Arbeitszeit, 24 Mk. Wochenlohn, Festsitzung aller bisherigen Abzüge, wie Kaution, Brudgeld, Leitergeld u. s. w.

Am 27. März tagte eine öffentliche Versammlung, in welcher, verursacht durch das ablehnende Verhalten der Unternehmer, einstimmig die Arbeitsniederlegung zum Sonntag, den 28. März, beschlossen wurde. Neunzig Kollegen traten in den Ausstand. Noch im Laufe des ersten Tages bewilligten 5 Unternehmer mit 25 Arbeitern. Die übrigen Arbeitgeber verhielten sich mit allen möglichen Mitteln sich gegen die Streikenden zu schämen und es gelang ihnen auch, einige Arbeitswillige aufzutreiben. Diese wurden aber von den Streikposten abgefangen und zum größten Theil im Streikbureau abgeliefert. Im Laufe des Sonntags bewilligten weitere 6 Firmen, so daß am Montag bereits 65 Kollegen zu den neuen Bedingungen arbeiteten. Von den Streikenden war absolut keiner zum Abfall zu bewegen und so verhielten sich die Unternehmer auf gutem Wege zum Ziele zu gelangen, um zu retten, was zu retten war. In Anbetracht des Standes der Dinge, halten aber die Kollegen absolut keine Veranlassung, sich von ihren Forderungen etwas abhandeln zu lassen und sah sich dem schließlich auch der Rest der Unternehmer vor die Alternative gestellt, die aufgestellten Forderungen bedingungslos zu unterschreiben. Zum Schluß zeigte sich nur noch die Glaser-Zinnung bockbeinig. Trotz aller Mühe hatte sie aber nur drei Arbeitswillige aufzutreiben können. Diese waren natürlich nicht im Stande, den Betrieb aufrecht zu erhalten. So mußte auch sie am Dienstag unsere Forderungen bewilligen. Es arbeiteten nunmehr circa 100 Arbeiter in 18 Betrieben zu den neuen Bedingungen. Die übrigen 20-30 Arbeiter, am Orte sind etwa 130 Glasreiniger beschäftigt und arbeiten theilweise bereits zu den gleichen Bedingungen, theilweise sind es Leute, die auf eigene Rechnung oder dann und wann für ganz kleine Kräuter arbeiten. Da der Verbandsarbeitsnachweis sehr gut florirt und die Unternehmer auf denselben angewiesen sind, wird dafür gesorgt werden, daß die neuen Bedingungen innegehalten werden müssen. Das Resultat der Lohnbewegung ist also ein äußerst günstiges zu nennen, nun gilt es für alle Kollegen, treu zur Organisation zu halten, damit das Errungene nicht wieder verloren geht.

Handelsarbeiter.

Aus dem Reichsamt des Innern geht uns kurz vor Redaktionsschluss folgendes Anschreiben zu:

„Der Reichsamt für Arbeiterstatistik des Kaiserlichen Statistischen Amtes hat sich in seiner Sitzung vom 22. De-

tober 1902 dafür ausgesprochen, daß bei der Erhebung über die Arbeitszeit der Geschäfte und Lehrlinge in solchen Kontoren des Handelsbetriebes und kaufmännischen Betrieben, die nicht mit offenen Verkaufsstellen verbunden sind, auch die Verhältnisse der als Geschäftsbienner, Bader, Hausdienner zc. in Kontoren pp. thätigen Personen zu berücksichtigen seien. Demzufolge ist in den am launsmännliche Vereine zur schriftlichen Beantwortung gesandten Fragebogen eine Reihe von Fragen über die Verhältnisse der Geschäftsbienner zc. aufgenommen worden.

Außerdem soll auch Vereinigungen der Geschäftsbienner, Bader zc. selbst Gelegenheit gegeben werden, über die in Betracht kommenden Fragen, soweit dieselben für die von den betreffenden Vereinen vertretenen Hilfspersonen Interesse haben, sich zu äußern.

Die einzelnen Fragen, auf deren schriftliche Erörterung durch die Vereine Werth gelegt wird, sind in dem einleitend mitgetheilten Fragebogen zusammengestellt. Als Anhalt für die Beantwortung wird folgendes hervorgehoben:

1. Es kommt wesentlich darauf an, die Gründe kennen zu lernen, welche die befragte Vereinigung für ihre Stellungnahme zu den einzelnen Fragen geltend zu machen hat. Es müssen deshalb nicht nur die Fragen beantwortet, sondern auch die Antworten eingehend begründet werden.
2. Bei dem gegenwärtigen Theil der Erhebungen sollen nicht die Ansichten einzelner Personen, sondern die auf Grund gemeinsamer Beratungen gebildeten Meinungen von Personenmehrheiten ermittelt werden. Es wird deshalb gebeten, die Antworten nicht einseitig von einzelnen Vorstandsmitgliedern oder Beamten der Vereinigungen entwerfen zu lassen, sondern in größerem Kreise, sei es in der Vereinsversammlung, sei es in einem für diesen Zweck niedergesetzten Ausschuss, durchberathen zu lassen. In welcher Weise diesem Erforderniß genügt worden ist, wird zur Vermeidung von Mißverständnissen am Schlusse der Äußerung mitgeteilt werden.
3. Um die Zusammenstellung und Bearbeitung der eingehenden Äußerungen zu erleichtern, ist es wünschenswert, daß die Antworten genau in Anlehnung an die einzelnen Nummern des Fragebogens (zu 1. u. 2. zc.) niedergeschrieben werden und bei der Niederschrift ein mehrere Finger breiter Rand gelassen wird.

Fragebogen für Vertretungen der Hausdienner pp., Bader.

1. Wie lange dauert im Allgemeinen die gegenwärtig übliche tägliche Arbeitszeit für Geschäftsbienner, Bader, Hausdienner zc. in Kontoren und kaufmännischen Betrieben, welche nicht mit offenen Verkaufsstellen verbunden sind?
2. Entfallen aus dieser Dauer der Arbeitszeit, insbesondere in Folge ungenügender Pausen oder in Folge der Schwere der Beschäftigung, nachtheilige Folgen, und wie machen sich diese Folgen im Allgemeinen und insbesondere bei den Personen unter 16 Jahren bemerkbar?

3. Ist es geboten und durchführbar, die regelmäßige Arbeitszeit der in solchen Kontoren und Betrieben beschäftigten Geschäftsbienner, Bader, Hausdienner zc. — vorbehaltlich der unter Ziffer 4 gemachten Ausnahmen — auf eine längere als die gegenwärtige Zeitdauer festlich zu beschränken?

a) wenn ja: auf welche Zeitdauer für erwachsene Personen (wieviel Stunden?) und auf welche Zeitdauer für Personen unter 16 Jahren — immer unter Anschluß der eins für allemal bestimmten Pausen?

b) wenn nein: welche Hindernisse stehen der Beschränkung entgegen?

4. Wenn eine Beschränkung der Arbeitszeit eingeführt wird, müssen dann für einzelne Geschäftszweige vorübergehend (vor den großen Festen, bei sonstigen besonderen Gelegenheiten, oder an einzelnen Tagen der Woche) Ueberschreitungen der regelmäßigen Arbeitszeit zugelassen werden?

wenn ja: für welche Geschäftszweige, und für jeden dieser Geschäftszweige: für wieviel Tage im Jahre oder für wieviel Stunden täglich?

5. Ist die Bestimmung geboten und durchführbar, daß den Geschäftsbiennern, Bädern zc. eine Mittagspause von mindestens 1/2 Stunde oder von einer längeren, in der Antwort näher zu bezeichnenden Mindestdauer zu gewähren ist?

a) wenn ja: auf welche Weise ist die Pause zu ermöglichen (Schichtwechsel usw.)?

b) wenn nein: welche Hindernisse stehen der Gewährung der Pause entgegen?

Wir bitten die Kollegen, daon Kenntniß zu nehmen und behalten uns vor, in der nächsten Nummer d. Bl. darauf zurückzukommen.

Berlin. Ladenschlußzeit in der Nähmaschinenbranche. Das Vizepräsidentium theilt mit: Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des Herrn Polizeipräsidenten von Berlin vom 2. März d. J. betr. die Stellungnahme der Geschäftsinhaber der Nähmaschinenbranche zu dem Antrag auf Verlängerung der Ladenschlußzeit für die in Berlin, Charlottenburg, Niddorf und Schöneberg belegenen offenen Verkaufsstellen dieser Branche wird in Gemäßheit des § 5, letzter Absatz, der Bestimmungen des Bundesrats vom 25. Januar 1902 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß, nachdem die Frist zur Entgegennahme der Äußerungen für oder gegen die Verlängerung der Ladenschlußzeit abgelaufen ist, die hierauf bezügliche Liste für die Dauer von zwei Wochen und zwar vom 8. bis zum 21. April im Bureau des Gemeinde-Kommissars in Berlin, Krausenstraße 29, Hof links 8 Treppen, zur öffentlichen Einsicht ausliegt. Einsprüche gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit dieser Liste können von den beteiligten Geschäftsinhabern bis zum Ablauf der Frist, also bis zum 21. April einschließl., schriftlich oder bei der Dienststelle zu Protokoll, wert-

täglich in der Zeit von 8 1/2 bis 11 1/2 Uhr Vormittags er-
hoben werden, nach Ablauf dieser Frist vorgebrachte Ein-
sprüche bleiben dagegen unberücksichtigt.

**Die Arbeitsverhältnisse in den großen Pro-
duktenbetrieben** gehören offenbar mit zu den traurigsten.
Es ist sicher eine recht elendliche und dabei äußerst gesund-
heitsgefährliche Beschäftigung, den ganzen Tag in Lumpen
und Abfällen aller Art herumhantieren zu müssen, die mit
allen möglichen Krankheitserregern durchsetzt sind. Dabei
werden in diesen Betrieben wahrhaft erbärmliche Löhne
gezahlt. Weibliche Arbeiterinnen, die mit Vorliebe benützt
werden, erhalten 8-15 Mk. pro Woche. Bei dieser
elenden Entlohnung müssen die Frauen auch noch Arbeiten
verrichten, die wegen der damit verbundenen Kraft-
anstrengungen eigentlich für Männer passen, nämlich das
Verpacken, Stapeln und Verladen zentnerschwerer Ballen.
Die Arbeitslöhne der Männer sind ebenfalls nur sehr
niedrig, sie betragen im Höchstdalle 18-21 Mk. Was
nun die sanitären Einrichtungen in solchen Betrieben an-
belangt, so genügen sie auch nicht im entferntesten den
zum Schutze der Arbeiterinnen erforderlichen Bestimmungen
der Gewerbe-Ordnung. So fehlt es meistens an gefon-
derten Umkleekabinen; Wascheinrichtungen existieren ent-
weder gar nicht, oder sind äußerst mangelhaft. Sehr
schlecht ist es auch mit der Ventilation bestellt, sodaß
Staub und Ausdünstungen der Lumpen zu nur höchst
ungenügenden Abzug haben. Die ganzen Räumlichkeiten
sind von einem widerlichen Geruch erfüllt, und hier müssen
Arbeiter und Arbeiterinnen während der Pausen ihre
Nahrung einnehmen. Entsprechend den vorbeschriebenen
Einrichtungen steht es auch mit der Beschaffenheit der
Aborte. Weisens herrscht noch das Sonnensystem. Bei
einer Firma in der Weißwasserstraße konnten sich die
Arbeiter nicht entsinnen, daß die Aborte während der
letzten zwei bis drei Jahre je gesäubert worden wären.
Sogar an genügendem Wasser fehlt es hier den Leuten.
Sie sind auf das Wasser eines alten Hofbrunnens ange-
wiesen, das sich nicht einmal zum Waschen, geschweige
dann zum Trinken eignet. In letzter Zeit ist es dem
Handels- und Transportarbeiter-Verbande gelungen,
unter den Produzentenarbeitern festen Fuß zu fassen, daher
auch die schonungslose Ausbeutung der Arbeiter in
jenen Betrieben, um die sich dieses Gremium einmisch-
t. Erst kürzlich wurde den Gewerbe-Aufsichts-
beamten Gelegenheit gegeben, sich einige dieser Betriebe
anzusehen; sie fanden die Angaben über die Mangel-
haftigkeit der sanitären Zustände daselbst voll und
gültig.

Sonntagsruhe. Drei Direktoren von Eiswerken
in Rummelsburg waren auf Grund der Gewerbeordnung
in Strafe genommen worden, weil sie ihre Eiswerke an
Sonntagen von 3 Uhr früh bis nach 10 Uhr Vormittags,
d. h. mehr als 5 Stunden, mit dem Ausfahren von Eis
in Berlin beschäftigt hatten. Nachdem das Landgericht
die Anklagen auf Grund des § 105b und 106a der
Gewerbeordnung zu Geldstrafen verurteilt hatte, legten
diese Revision beim Kammergericht ein. Sie beriefen sich
auf § 106b der Gewerbeordnung, wonach die in Betracht
kommenden Bestimmungen der Gewerbeordnung keine
Anwendung finden auf Arbeiten, die in Nothfällen oder
im öffentlichen Interesse un verzüglich vorgenommen
werden müssen und auf Arbeiten, die zur Verhütung des
Verderbens von Rohstoffen oder des Mißlingens von
Arbeitsvorgängen erforderlich sind. Der Strafantrag des
Kammergerichts wies jedoch, wie uns berichtet wird, die
Revision der angeklagten Direktoren als unbegründet zu-
rück, da die Ausnahmebestimmungen des § 106b der Ge-
werbeordnung hier nicht Platz greifen können, insbesondere
sei nicht anzuerkennen, daß es sich um Arbeiten in Noth-
fällen oder im öffentlichen Interesse gehandelt habe.

Wir brauchen wohl nicht erst zu betonen, daß es
unser Verband war, der die Herren Direktoren der Eis-
werke der Justitia zur Anzeige gebracht hatte. Die Or-
ganisation tritt immer und überall für die Kollegenchaft
ein, deshalb sollte es diese nie veräumen, jener anzu-
gehören.

Freiburg i. B. Der Bürgerausschuß hat nach
heißer Debatte mit allen gegen 6 Stimmen beschlossen,
daß hinsichtlich der Lebensklause von Pfingsten bis 1. Ok-
tober um 1 Uhr, in der anderen Zeit des Jahres um
9 Uhr erfolgt. Bisher waren bekanntlich die Wäden das
ganze Jahr über bis 3 Uhr geöffnet. Der Stadtrathliche
Antrag befürwortete aus sozialpolitischen Rücksichten einen
vollständigen 1 Uhr-Ladenschluß. Der Vermittelungs-
vorschlag wurde angenommen, um einen Ausgleich zwischen
Geschäftsinhabern und Handelsarbeitern zu schaffen.
Scharf muß jener Stimme aus dem Bürgerausschuß ent-
gegengetreten werden, welche behauptet, die Handels-
arbeiter würden eine zu große freie Zeit an Sonntagen
zu Trintgelagen ausnützen. Das ist eine geradezu un-
würdige Auffassung einer Frage, die unter höheren Ge-
sichtspunkten behandelt werden sollte, als wie sie thät-
sächlich von manchen Mitgliedern des Bürgerausschusses
behandelt wurde. Was soll es bei einer Verhandlung,
wo alle einschlägigen Elemente zum Ausgleich rathen,
heißt, wenn 3. W. ein Mitglied des Zentrums gegen
die Handelsarbeiter geredet, rufft: „Wer nicht parirt,
fliegt raus!“ Wir hoffen, daß mit dem gefundenen
Ausgleich sowohl den Geschäftsinhabern wie den Handels-
arbeitern vorerit gebient ist. Später kann man ja weiter
mit einander reden. Vielleicht räumt auch in Wäde eine
allgemeine Sonntagsruhe alle Differenzpunkte aus dem
Wege.

Leipzig. Die Konfektionsfirma Gert, Peterstraße,
gehört zu denen, die ihre Arbeitskräfte nicht nur Wochen-
tags, sondern auch an Sonntagen bis aus äußerster an-
zuppannen versuchen. Am 15. März (1. März) beschäftigte
sie ihre Leute ebenfalls wieder. Dennoch war es der
Polizei an diesem Tage nicht möglich, sie zu fassen. Am
Sonntag, den 15. März, erstattete der Verbandsbeamte
abermals Anzeige, und nunmehr gelang es der Behörde,
die Firma auf frischer That zu ertappen. Sogleich fällt
die Strafe nicht zu gering aus, damit den Inhabern der
Firma die Lust zu weiteren Gesetzesübertretungen gründ-
lich verneht.

Wäde. Die Wiedereinführung des 8 Uhr-
Ladenschlusses ist nunmehr endgültig gesichert. Bei
der im vorigen Monat stattgefundenen Abstimmung über

haben etwa 1300 Geschäftsinhaber für und nur 58
gegen die Wiedereinführung gestimmt. Dieses Resultat
ist geradezu glänzend zu nennen und beweist die Allern-
heit der Bejahung, die Geschäftsinhaber seien in der
Mehrzahl Gegner des früheren Ladenschlusses. Öffentlich
führt nun der Senat den 8 Uhr-Ladenschluß recht bald
wieder ein.

Leiz. Der 8 Uhr-Ladenschluß vom Re-
gierungspräsidenten abgelehnt. Dem Kauf-
männlichen Verein und der Schutzgemeinschaft für Handel
und Gewerbe in Leiz ist, wie die „Leiziger Kolonial-
maaren-Zeitung“ mittheilt, vom Oberbürgermeister Arnold
ein Schreiben des Regierungspräsidenten Frhrn. v. d.
Recke zu Merseburg zugegangen, wonach trotz dreimaliger
Abstimmung zu Gunsten des 8 Uhr-Ladenschlusses dem
Gesuch um dessen Einführung nicht stattgegeben wird.
Der Regierungspräsident schreibt: Dem vorgelegten An-
trage dortiger Gewerbetreibender, den 8 Uhr-Ladenschluß
für alle offenen Verkaufsstellen der Stadt Leiz anzu-
ordnen, kann nicht stattgegeben werden. Nach den ge-
führten Verhandlungen muß es als wünschenswert be-
zeichnet werden, die Jargarengeschäfte, wie es z. B. auch
in Halle a. S. geschehen ist, von der erthebten Anord-
nung auszunehmen. Das ist aber nach Lage der Sache,
da der jetzige Antrag und die darüber herbeigeführte Ab-
stimmung auf Schließung aller offenen Verkaufsstellen
ohne Ausnahme gerichtet ist, zur Zeit nicht möglich.

Straßenbahner.

Die elektrischen Straßenbahnen als Luftreiner.
In der italienischen medizinischen Zeitung „Gazzetta degli
ospedali“ preist ein Spezialist die elektrischen Straßen-
bahnen als vorzügliche Luftreiner an. In der Diskussion
pro et contra elektrische Tram — sagt er nach einer
Uebersetzung in den „Wätern für Volksgesundheitspflege“
— halte ich es nicht für überflüssig, auf einen wichtigen
indirekten Vorzug aufmerksam zu machen, der vielleicht
den naturwissenschaftlich Gebildeten bekannt, dem größten
Theile der Bevölkerung aber bisher entgangen sein dürfte.
Sicherlich hat jedermann beobachtet, daß bei elektrischen
Bahnen mit Oberleitung bei jeder leichten Unterbrechung
des Kontaktes, wie sie fortwährend in solchen Stößen sich
äußert, zwischen dem Leitungs- und Verbindungsdraht
ein fortwährendes Ueberbrücken von großen Funken statt-
findet. Eine große Quantität elektrischen Fluidums,
welches von den Wäden ausgeht, giebt ebenfalls Ver-
anlassung zu einer beständigen Funkenausströmung, be-
sonders an Tagen und in Wäden mit trockener Atmo-
sphäre. Es ist nun bekannt, daß diese elektrischen Ent-
ladungen den Sauerstoff der Luft in Ozon verwandeln,
welches außer seinen chemischen, in der Industrie ver-
wendeten Eigenschaften vorzüglich desinfizierende und
oxydierende Kraft hat. Ozon ist der Reiner der Atmo-
sphäre. Es ist ein so wichtiges Desinfizenz, daß es
neuerdings, wie in Blantberärgen, zur Bereitung von
Trinkwasser benützt wird. Dies letztere wird durch seine
Durchleitung mikrobenfrei. Bedenkt man nun, wie zahl-
lose Mitroorganismen als Krankheitsursachen sich in einer
Großstadt anhäufen finden, so muß man nach zwei
Richtungen hin den Straßenbahnen hygienisches Lob
spenden. Erstens befreien sie die Großstädte von einer
ganzen Anzahl von Fiebern und den durch diese herbei-
geführten Krankheitserregern, zweitens verlorger sie die
Städte mit einem außerordentlich wohlthätigen und ge-
sunden Lebens- und Athmungsfluidum.

Je häufiger die Wagen aufeinander folgen, je mehr
Linsen erschlöslen werden, um so mehr verbessert sich die
Luft eines großen Bevölkerungszentrums.

Die Große Berliner hat bisher immer Fahrer, die
Zusammenstöße hatten und nach Ansicht der Di-
rektion, nicht etwa der Gerichte, die Schuld an den
Karambolagen trugen, die Kosten der etwaigen Wagen-
reparaturen, die mandmal nicht gerade gering waren,
aufgebürdet. Jetzt endlich scheint die Direktion ihr hier-
durch begangenes Unrecht anzusehen und wenigstens zum
Theil für die Zukunft gut machen zu wollen. Vor kurzer
Zeit ist diesbezüglich folgender Erlass an die Fahrer ergangen:
„Um den Fahrern Gelegenheit zu geben, die aus An-
laß eines verschuldeten Zusammenstoßes von ihnen er-
statteten Reparaturkosten, die ihnen bisher ganz oder
theilweise aufertelegt wurden, zurück zu erhalten und um
zugleich die Fahrer zu größtmöglichem Vorlicht im Ver-
triebe auch in eigenen Interesse derselben anzuhalten,
wird folgendes bestimmt:
Der Fahrer, welcher einen Zusammenstoß verschuldet
hat und zur Tragung der Kosten verurtheilt ist, erhält
den erstatteten Kostenbetrag zurück, wenn er innerhalb
15 Monaten nach dem verschuldeten Zusammenstoß einen
weiteren solchen nicht herbeigeführt hat. Ob ein Zu-
sammenstoß durch die Schuld eines Fahrers herbei-
geführt ist oder nicht, unterliegt der Entscheidung
der Betriebsdirektion.“

Diese Bestimmung hat rückwirkende Kraft bis zum
1. Oktober 1902 berant, daß den Fahrern, die von diesem
Zeitpunkt ab einen schuldigen Zusammenstoß herbeigeführt
haben und innerhalb der nächsten 15 Monate einen solchen
zu vermeiden wiffen, die erstatteten Reparaturkostenbeträge
zurückgezahlt werden.

Das Personal hat in gegebenen Fällen selbst durch
Gesuche die Anträge auf Rückzahlung der Kosten zu
stellen.

Die Direktion.

gez. v. Rühlmann, Wartholb.“
Bezeichnet ist, daß sich die Direktion als unthätbarer
Nichter aufwirft, denn allen die Entscheidung über die
Schuld zulehrt. Für die organisierten Straßenbahner hätte
es überdies dieses Erlasses nicht bedurft, denn diese thun
auch so ihre volle Schuldigkeit und sind sich der Ver-
antwortlichkeit ihrer Stellung wohl bewußt.

Die Große Berliner Straßenbahn besitzt in der
Person des Herrn Kontrollieurs Krause einen tüchtigen
Beamten. Die Schneidigkeit dieses Herrn besteht nicht
allein im Betreten von Fährlichkeiten, sondern sie tritt
auch bei anderen Gelegenheiten zu Tage.

Vor Kurzem betleg genannter Herr in etwas an-
geheitertem Zustande einen Wagen, um einmal den
Fahrer „fahren“ zu lernen. Na — das war denn auch

banach! Ganz abgesehen davon, daß genannter Herr,
aufschlendend aus Besorgniß, die Waiche zu beschädigen,
immer zirka zwei Meter vor derselben halten blieb und
die Waiche erst immer durch den Fahrer gestellt werden
mußte, abgesehen davon, daß Herr Krause durch allzu
häufige Benutzung der Strombremse erdbebenartige
Schwankungen des Wagens hervorrief und schließlich mit
einer Verzögerung von zirka 6 Minuten am Endziel an-
langte, so hätte derselbe doch noch einen Zusammenstoß
zu Stande gebracht, welcher jedoch durch das schnelle
Eingreifen des Führers verhindert wurde. Herr Krause
schien für dieses Mal vom Fahren genug zu haben und
schlug sich seitwärts in die Büsche. Was würde die
Große Berliner sagen, wenn sich ein Fahrer dergleichen
zu Schulden kommen ließe?

Bekanntlich brüstet sich die Große Berliner namentlich
in letzter Zeit gerne mit der Geattheit ihres Betriebes
und der Vorzüglichkeit ihrer Wagen. Dem ist jedoch
nicht so, namentlich Letzteres läßt noch viel zu wünschen
übrig. Troghem irgend ein Schlaupf von Ingenieur
die berühmte einseitige Patent-Handbremse, sowie das
neue Pufferstystem eingeführt hat, vergeht fast kein Tag,
an welchem nicht schwere Zusammenstöße der Strafen-
bahn, sei es mit fremden Fuhrwerken oder eigenen Wagen,
stattfinden.

Faßl in den meisten Fällen liegt dies an der Unvoll-
kommenheit, ja sogar an dem völligen Vertragen der
Bremsvorrichtung. Der letztere schwere Fall in der
Invaldenstraße hat dieses wieder bestätigt. Denn nunmer
darf es vorkommen, daß der Wagen nicht prompt ge-
macht werden kann, und geschieht dieses doch, so mußte
ein für alle Mal die Handbremse so beschaffen sein, um
den Wagen zu halten, zum mindesten aber durch festes
Andrehen die Wucht des Stoßes wesentlich zu vermindern.
Unverbesserliche Optimalisten tragen sich noch immer mit
der Hoffnung, daß diesen Uebelständen noch vor Ablauf
der Konzeptionsdauer der Großen Berliner 1914 abgeholfen
werden wird.

Transportarbeiter.

Berlin. Achtunddreißig Opfer des Straßenverkehrs.
Außergewöhnlich groß ist die Zahl der im Monat März
im Straßenverkehr Berlins tödlich und schwerverletzten
Personen. Sie hat mit 38 die höchste derartige Unfall-
ziffer, welche die Statistik bisher aufzuweisen hat, er-
reicht: Zehn der Unfälle nahmen einen tödlichen Ver-
lauf. Drei von diesen entfielen auf den Vertriebe der
Großen Berliner Straßenbahn, einer auf denjenigen der
Charlottenburger Straßenbahn. Sie eine Person wurde
getödtet durch die Wäden von Lastfuhrwerk, Automobil,
Omnibus, Fiehrer- und Bierwagen. Von den 28
schwerverletzten Personen verunglückten acht im Strafen-
bahnbetriebe, hierbei vier beim Auf- und Abpringen von
in der Fahrt befindlichen Wagen. Bei Zusammenstößen
wurden drei Personen schwer verletzt, zwei getödtet.
Ziemlich groß ist diesmal auch die Beteiligung der
Kinder bei der Unfallstatistik, von denen eins getödtet,
vier schwer verletzt wurden. Ferner gehören zu den zu
Schaden gekommenen Personen 9 Frauen und 24 Männer.

Bremen. Ein Feind des Koalitionsrechts. Die bei
dem Fuhrherrn Johann Liffen, Myhrtenstr. 30, beschäf-
tigten Fuhrleute haben sich seit einem halben Jahre or-
ganisirt, welches nun Herrn Liffen bekannt geworden ist. Es
hat den Ansehen, als wenn Herr Liffen sucht, die unserm
Verbande angehörigen Fuhrleute auf jede nur mögliche
Art und Weise zu schikanieren, um ihnen so den Verband
zu verleiden. Folgender Vorfall trug sich vor einiger
Zeit bei der Firma Liffen zu: Als der dem Verbande
angehörige Fuhrmann Wiede am Morgen mit einem
Fuhrer Sand auf dem Gaf antam, wurde er von dem
Herrn mit folgenden Worten empfangen: „Ich will Euch
faulen Gäfte schon den Verband austreiben.“ (Hiermit
meinte Lebensfalls Herr Liffen die im Verband organi-
sirten Fuhrleute.) Mit seinen Versicherungen dachte Herr
Liffen wohl die betreffenden Fuhrleute in Angst zu jagen,
was aber seinen Zweck verfehlt hat, da die Fuhrleute
Wiede und Meyer es vorgezogen haben, selbst zu gehen.
Wir möchten nun an dieser Stelle Herrn Liffen den
Rath geben, mit seinen Versicherungen über den Verband
ein wenig mehr zurückzujahen. Wir sind in der Lage,
die bei uns organisierten Kollegen auf jede Weise einem
Unternehmer gegenüber zu schügen. Ferner sollten die
betreffenden Fuhrleute daran Schuld sein, daß bei der
Firma F. W. Neutrich unsere Kollegen einen Wochenlohn
von 21 Mk. verdienen, was Herrn Liffen wohl zu hoch
erscheint. Dort sind eben die Fuhrleute schon 4 Jahre
organisirt. Uns dünkt, als wenn Herr Liffen den Ver-
band ganz und gar verkennt, hat er sich doch seinem
Bruder gegenüber zu den Versicherungen herabgelassen, daß
die Fuhrleute demnach wohl noch 27 Mk. pro Woche
verlangen werden. Obwohl uns allerdings das nicht zu
hoch erscheint für die lange und anstrengende Arbeit der
Fuhrleute, ist eine solche Forderung von uns bislang
noch nie gestellt worden. Wir möchten nun die dort be-
schäftigten Kollegen auffordern, sich nicht abschreden zu
lassen, sondern zum Verband zu halten, und ferner die
Kollegen, welche noch nicht organisirt sind, erziehen,
solches baldigt zu thun, damit auch sie ein würdiges
Glied in den Reihen der kämpfenden Kollegen werden.

Dresden. Zur Warnung für Spebitionsfutcher.
Es ist nicht das erste Mal, daß sich der Arbeiter Adolf
Gzola wegen Diebstahls von Kohl vor Gericht verant-
worten mußte. Er hat schon vor Kurzem wegen desselben
Vergehens, als Spezialist in diesem Genre, eine einjährige
Gefängnisstrafe verurteilt. Obwohl er dann beim Stadtrath
Arbeit erhalten hatte, versuchte er von Neuem sein Glück.
Er beobachtete unbewacht auf den Straßen stehende
Spebitionsgefäße und fiel in einem günstigen Augen-
blicke über sie her. Dabei entnahm er ihnen Stoff- und
Weinwandrollen und machte sich damit auf und davon.
Drei solcher Diebstähle, wobei er Gegenstände im Werthe
von 225 Mk. erbeutete, konnten ihm bestimmt nachge-
wiesen werden. Dafür erhält er 1 Jahr 7 Monate Ge-
fängniß und 5 Jahre Ehrverlust zulehrt.

Erlangen. Die Lage der hiesigen Fuhrleute ist
durchaus keine glänzende zu nennen, ist vielmehr einer
gründlichen Besserung recht bedürftig. Die Mehlstufcher

15 Mann an der Zahl, welche in sieben Betrieben thätig sind, müssen in der Regel schon des Morgens um 1/2 Uhr im Stalle sein und können Abends erst um 9 oder gar um 10 Uhr nach Hause. Sonntags muß bis Mittag gearbeitet werden und Abends um 10 Uhr heißt es, wieder einspannen und über Land fahren, um das Mehl zu den Bäckern zu bringen. Dafür giebt es einen Wochenlohn von 16 Mk. Ueberstunden werden natürlich nicht bezahlt. Als Vergütung erhalten die Kollegen lediglich pro Tag 2,60 Mk. per Mann und Gespann von zwei Pferden. Dafür müssen sie allein 1/2 26 Mk. an Zoll bezahlen, ferner noch die Einstellgebühr für die Pferde, so dem Kutscher für zwei Tage über Land 60 Pf. verbieten. Unter diesen Umständen heißt es natürlich, den Hungerriemen immer enger schnüren und trotzdem bleibt für die Familien fast gar nichts übrig.

Nicht besser sind die Speditionsfuhrleute daran, sie erhalten einen Wochenlohn von 15 Mk. und müssen dafür täglich von 5-8 1/2 Uhr arbeiten, daß ihnen der Schwitz nur manchmal so herunterläuft. Des Sonntags müssen sie natürlich ebenfalls arbeiten. Vergütung für Ueberstunden oder Sonntagsarbeit giebt es auch bei ihnen nicht.

Ebenso geht es den in den Kohlengeschäften thätigen Kollegen. Die Arbeitszeit dauert bei diesen von 1/5 Uhr früh bis 9 Uhr Abends bei einer Mittagspause von einer halben Stunde. Lohn giebt es 16,50 Mk. pro Woche. Die Behandlung seitens der Unternehmer läßt für die Kollegen in allen Betrieben sehr zu wünschen übrig. Leider ist ein großer Teil der Kollegen an die Organisation noch nicht angechlossen. Dies ist aber vor allen Dingen notwendig, wenn endlich mit den Unternehmern ein ernstes Wortlein geredet werden soll. So wie bisher können aber die Zustände nicht bleiben. Also, Kollegen, hinein in den Verband, dann wird dieser auch dafür sorgen, daß bessere Verhältnisse platzgreifen.

Glauchau. In voriger Nummer schreiben wir, daß die Kollegen bei Dittmanns Nachf. noch Nachts 1/2 1 Uhr Güter abholen müssen. Wir berichtigten das dahin, daß es nicht Dittmanns Nachf., sondern Fischer & Co. heißen soll. Bei letzterer Firma ist dies übrigens am 29. März wieder vorgekommen.

Leipzig. Die Firma Höflich & Sohn, Fuhr- und Speditionsgeschäft in L.-Blagwitz, scheint zu denjenigen Firmen zu gehören, denen die sogenannten Wochenfeiertage ein Dorn im Auge sind. Um ihren Arbeitern den vollen Wochenlohn nicht etwa für nur fünf Arbeitstage bezahlen müssen, bestellt die Firma an solchen Tagen nicht nur ihre Fuhr- und andern Arbeiter zum Wagen-schmieren und -waschen, Hoffeisen etc., sie geht sogar so weit, ihre Geldkassierer in einen andern deutschen Bundesstaat, in dem zufällig kein Feiertag ist, zu schicken. So war es auch am Mittwoch, den 11. März, am Aufsatstag. An diesem Tage wurden Morgens in der ersten Stunde 12 Bezirksführer mit Pferd und Wagen „ins Preußische“ gelandt, um dort Rangholz und Weizen zu holen, von wo dieselben dann erst gegen Abend zurückkehrten. In diesem Verhalten der Firma ist doch nichts anderes als eine Umgehung des gesetzlichen Feiertags zu erblicken. Man sieht, den Herren Unternehmern ist zuweilen der Profit heiliger, als die so viel gepriesene christliche Sittlichkeit. Um sich vor einer etwaigen Einbuße zu schützen, verlangt das angeblich so christliche Unternehmertum, daß die Arbeiter selbst an einem gesetzlichen Feiertage ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen. Ob die Arbeiter an solchen Tagen ihre Familie überhaupt zu sehen bekommen oder ob sie das Bedürfnis nach Ruhe auch einmal verspüren, das kümmert diese Herren nicht im Geringsten. Ein solches Verhalten scheint aber besonders bei der Firma Höflich & Sohn, die doch auch mit dem Konsumverein in Verbindung steht, sehr wenig am Platze zu sein. Jedoch muß konstatiert werden, daß auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der bei der Firma beschäftigten Arbeiter mit zu den schlechtesten in den Leipziger Fuhrgeschäften gehören. Als am Aufsatstag Morgen, während der Kirchzeit, die Arbeiter dieser Firma sich auf dem Hofe mit allerhand Arbeiten beschäftigten mußten, wurde dies von einigen Beobachtern sofort auf der Nachswache zur Meldung gebracht und um ein Einsprechen ersucht. Der betreffende Beamte lehnte aber ein solches mit dem Bemerkten ab, daß das Wagenwaschen sowie andere ähnliche Arbeiten doch verrichtet werden müßten. (Ein Dienstmädchen könnte während der Kirchzeit auch arbeiten und die Trochsenkutscher sowie die Fleischhahnen seien doch Sonntags auch in Thätigkeit, ohne daß es Jemandem einfallen würde, hiergegen zu protestieren. Der Beamte gab noch den Rath, die Sache der Staatsanwaltschaft anzuzeigen, was inzwischen auch geschehen ist.)

Wittenberg. Auch in Deutschland gilt sonst der römische Rechtsgrundsatz, daß der Verdreher nur einmal für seine That bestraft werden dürfe. In Wittenberg bei Berlin scheint man an gewisser Stelle anderer Meinung zu sein. Am 9. Januar befuhr unser Kollege Kuffig einen Privatweg in Wittenberg, wurde dabei von dem Gendarm Jude ertappt, notirt und erhielt am 12. Januar bereits ein Strafmandat in Höhe von 3 Mk. und 20 Pf. Wario. Im Verzuge seiner Schuld ging Kuffig hin und hinterlegte bei der Obrigkeit seinen Votus. Am 26. Januar wurde indeß Kuffig eine kleine Ueberraschung zu Theil, er erhielt die gleiche Strafverfügung nochmals und sollte wieder berappen. Da nun Kuffiger meistens zu den Leuten gehören, die recht wenig Geld übrig haben, weil sie sich durch ihrer Hände Arbeit mühsam verdienen müssen, selgte Kuffig keine Lust, das zweite Mal einen Haler auf den Tisch des lieben Vaterlandes niederzulegen. Da erschien am 14. März ein Beamter der Stadt Köpenick in der Wohnung Kuffig's, um 3 Mk. und 80 Pf. für die zweite Strafverfügung zu erheben. Eine Reklamation half nichts, dem Kollegen wurde nur gesagt, es werde sich dabei wohl um eine andere Strafverfügung handeln.

Natürlich hat sich nunmehr der Verband des Kollegen angenommen und jetzt wird wohl Remedur geschaffen werden.

Stimmischau. Das Personal der Seifen-Firma Luge hat unter einer Reihe von Uebelständen zu leiden. Auf einer Treppe, die viel benutzt wird, befindet sich nur

auf einer Seite ein Geländer, und dies, trotzdem ein Begeben dieser Treppe wegen der darauf stehenden Fettmassen mit großen Gefahren verbunden ist. Die Aborte lassen an Reinlichkeit ebenfalls sehr zu wünschen übrig. Seitens unseres Gaubevollständigtigen ist nun die Gewerbeinspektion um baldige Abhilfe ersucht worden. Hoffen wir, daß ein Eingreifen erfolgt, dringend notwendig ist es.

Oeffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Altona. Versammlung am 3. März. Genosse Lauffötter hielt wie immer einen äußerst interessanten Vortrag über Partei und Gewerkschaften. Dann gab Kollege Barge den Bericht über unsere letzte Agitationstour, welche nicht so erfolgreich war wie im vorigen Jahre. Einestheils lag das wohl an der ungenügenden Bekanntmachung, zum andern Theil aber auch an der Unzeit der Kollegen selbst. Kaum der vierte Theil der Bezirksführer selbst war anwesend in der betreffenden Sitzung. Trotzdem haben wir in der letzten Zeit großartige Fortschritte gemacht. Die Fischkutscher und Arbeiter in der Auktionshalle sind auch endlich mal aufgewacht und haben sich in ihrer großen Mehrzahl uns angeschlossen. Der Distrikt X (Altona-Ostseite) zählt jetzt reichlich 600 Mitglieder. Wir haben seit April vorigen Jahres reichlich 200 neue Mitglieder aufgenommen. Das sind auf 50 pSt. geht die Sache so weiter, so sind wir im nächsten Jahre der Hälfte Distrikt in unserer Verwaltungsstelle. Hinzuwahr ein herrliches Resultat. Trotzdem haben wir noch ein reiches Arbeitsfeld vor uns. Eine ganze Reihe Betriebe, wie Alex. Grund, Rahmann und dann die vielen Webbetriebe, sind nur zum Theil organisiert. Deshalb stellt sich ein Wert für uns Gewerkschaftler all auch noch das Wort: Ratten wir, so rufen wir. Carlberg ergänzte diese Ausführungen. Die Wahl einer Agitationskommission wurde abgelehnt, es wurde geltend gemacht, daß unsere Bezirksführer vollständig im Stande seien, die Agitation zu bewältigen. Von vorliegenden Seiten wurde noch gerügt, daß unser Arbeitsnachweis bei C. Schneider (von den Unternehmern die Räuberhöhle genannt) so wenig benutzt würde. Jeder Verbandskollege ist verpflichtet, jede freie Stelle sofort zu melden, auch die Hilfsarbeit (Tel. Nr. 256), damit unsere Arbeitslosen von der Strafe kommen.

Haut-Wilhelmsbaben. Oeffentliche Versammlung am 10. März. Kollege Himmel-Hamburg referirte über die Arbeitsverhältnisse in unserem Berufe. Redner gipfelte insbesondere die Sonderbestrebungen einiger Kollegen. Die Herabsetzung müßte aufgehoben, wenn eine Besserung der Arbeitsverhältnisse eintreten soll. Die Organisation müsse wieder auf ihre frühere Höhe gebracht werden. Am 22. März referirte ebenfalls Kollege Himmel über unsere Stellungnahme zur Krankentafel. Seitens des hiesigen Gewerkschaftsartikels war der Vorstand der Krankentafel eingeladen und auch erschienen. Trotz lebhafter Ausdrücke fand leider eine Einigung nicht statt. Hoch steht aber eine friedliche Einigung mit der Sonder-Krankentafel in Aussicht, wir werden darüber noch des Näheren berichten. In der Mitgliederversammlung wurde beschlossen, zwecks Einigung der Kranken-Unterstützung 10 Pf. Beitrag pro Woche zu bezahlen. Der Zeitungsboten wurde pro Monat und Person je 2 Mark Entschädigung bewilligt. In diesen Versammlungen hatten 21 Kollegen ihren Beitritt zum Verbands erklärt.

Berlin. Die Mineralwasserarbeiter und Kutscher hielten am 20. März eine sehr gut besuchte Versammlung ab. Kollege Uthes referirte zunächst über die Mängel im Arbeitsverhältniß dieser Berufs-Kollegen. Er kritisierte in scharfen Worten das Verhalten der Unternehmer, besonders gegen die Kutscher, und meinte, daß dies dazu beitragen werde, daß sich endlich die Kollegen dieser Branche dem Verband anschließen werden. Die Diskussion ergab, daß die Anwesenden sich klar waren, daß alles ausgebaut werden müsse, die Kollegen aufzurütteln, um möglichst bei eintretender wärmerer Witterung mit Lohnforderungen vorgehen zu können. In diesem Sinne fand eine Resolution Annahme. Am Schlusse der Versammlung ließen sich eine ganze Anzahl Kollegen in den Verband aufnehmen.

Dresden. In der Monats-Versammlung, die am 28. März im Dresdener Volkshaus stattfand, wurden die Anträge diskutiert, die zu der in Osnabrück stattgefundenen General-Versammlung gestellt worden sind. Den Kernpunkt bildet die Einführung der Reiseunterstützung, die stark bestritten wurde. In Gewerkschaftlichen gelangte die Lage der Marktbeser zur Erörterung. Bei den großen Firmen: Siegfried Schlegler, Herzfeld, Adolf Kerner, Dargow Söhne, Eberstein, Mühlberg usw. sind die Löhne vollständig unzureichend. In dieser Richtung soll in nächster Zeit einmal vorgegangen werden. Die Firma Kinnalt ist sich demüthigt, daß die Löhne zu niedrig sind, daher wird jeder Kollege beim Fortgehen genau vifitirt. Dann wurde auf die in den nächsten Tagen stattfindenden Versammlungen aufmerksam gemacht und zum zahlreichen Besuch aufgefordert. Darauf Schluß der Versammlung.

Dresden-Cohls. Eine Versammlung für die Kutscher, Vacker, Marktbeser von Krenitz, Stegitz, Goffebau und Umgebung fand am Sonntag, den 29. März, im Obhölzchen statt. Ueber: Wärm haben die Kutscher und Marktbeser lange Arbeitszeit und niedrigen Lohn? sprach Kollege Otto Hoff-Dresden. Er wies an der Hand statistischer Erhebungen darauf hin, daß die Kollegen Kutscher und Marktbeser eine tägliche Arbeitszeit von 15-18 Stunden haben. Der Lohn beträgt pro Stunde 23 Pf. Hierbei ist alle Arbeit, die Sonntags verrichtet werden muß, nicht mitgerechnet. Da die Sonntagsarbeit meist sehr ausgedehnt ist, so kommt eigentlich noch viel weniger auf die Stunde. In unserem Berufe heißt es: Sech's Tage sollst du arbeiten und am siebenten Tage darfst du nicht ruhn. Einer eingehenden Besprechung unterzog der Redner hierauf die Steuern, die unsere Kollegen in Form von Strafgebühren zahlen müssen. Bei jedem kleinen Vergehen steht der Schyrmann da. Auch

auf die Art und Weise, wie manche Schutzleute die Kutscher behandeln, kam er zu sprechen und wies auf die Vorgänge, die sich auf der Bestrafstraße in Dresden abgepielt haben, hin. Mit unter normalen Verhältnissen die Exzesse schon nicht angenehm, so ist es erst schlimm, wenn ein Kollege etwa gar invalide wird. Ein solcher erhält pro Tag 48 1/2 Pf. Rente und weiß dann nicht, ob er leben oder sterben soll. Besserung kann nur durch Zusammenschluß erreicht werden, daher forderte der Referent die Anwesenden auf, sich in den Verband als Mitglieder aufnehmen zu lassen. In der Debatte bestätigten einige Kollegen die Ausführungen des Referenten. Nachdem er in seinem Schlußwort alles nochmals kurz zusammenfaßte, forderte er die Anwesenden auf, nicht abzuheben zu stehen, sondern thätig mit zu arbeiten. Es meldeten sich mehrere Kollegen als Mitglieder des Verbandes an.

Es ist auch in dieser Gegend der Anfang gemacht, die Kollegen zur Organisation heranzuziehen. „Nimmer vorwärts auf die Höhen.“

Dresden-Miederfeldig. Eine gut besuchte Kutscher-versammlung fand am Sonnabend, den 21. März, im Restaurant zur Laube statt. Genosse Kiem hielt einen sehr interessanten und nützlichen Vortrag über: Der Arbeitsvertrag nach dem neuen bürgerlichen Gesetz. Der Referent erläuterte den aufmerkamen Zuhörenden die einzelnen Paragraphen, damit jeder Kollege weiß, wie er sich zu verhalten hat. In Gewerkschaftlichen wurde die Angelegenheit des Kollegen B. mit der Firma Dietrich & Co. besprochen. Allgemeine Mißbilligung erfuhr die Handlung des Mitinhabers Camillo Vogel. In der Klagesache zahlte er sofort 10 Mk. und versprach, ein Zeugnis auszustellen. Er konnte sich jedoch nicht vertreiben, dem Richter zu ersuchen, daß über ihn in einer sozialdemokratischen Versammlung gesprochen werden soll. Den Unterschied zwischen einer sozialdemokratischen und einer Gewerkschafts-Versammlung versteht Vogel nicht. Auch kam dann noch zur Sprache, daß auf dem Bahnhof Miederfeldig verschiedene Mißstände herrschen. Die Verletzung ist äußerst mangelhaft, im Frühmorgens liegen viele Steine, der Abort ist anlauber, auf dem Güterboden sind zu wenig Leute, so daß die Ans- und Auslieferung zu lange Zeit in Anspruch nimmt. Einzelne Firmen werden bevorzugt. Der Verbandsbeamte wurde beauftragt, in einer Eingabe die Abstellung der Missethate zu fordern.

Am Mittwoch, den 1. April, fand im Restaurant Miel und am Donnerstag, den 2. April, im Restaurant zur Börse, Leipzigerstraße, je eine Versammlung statt. Kollege Otto Richter hielt einen Vortrag und meldeten sich alsdann wiederum mehrere Kollegen als Mitglieder an.

Chemnitz. Versammlung am 30. März. Aus dem von verschiedenen Mitgliedern der Lohnkommission erstatteten Bericht ergab sich, daß die Herren Unternehmer in ihrem proghenhaften Uebermuthe die in hiesiger und sachlicher Form vorgebracht, nur zu sehr berechtigten Wünsche der Arbeiter bis jetzt nicht einmal einer Antwort gewürdigt haben. Vor 14 Tagen ist den Unternehmern, die sich in neuerer Zeit auch kartellirt haben, der eingehend begründete Lohnarif mit der Bitte schriftlich zugelandet worden, sich bis zum 28. März dazu zu äußern, und hatte bis gestern noch keine einzige der 100 Firmen eine Antwort erteilt. Der Vorliegende Deltmering wies darauf hin, daß verschiedene Unternehmer, so z. B. die Firma West und die Firma Lange bereits mit Maßregelungen vorgegangen seien. Aus diesem Grunde beantragte die Lohnkommission, auch zunächst über die Firma Lange am Mitter Bahnhof die Sperre zu verhängen. Es sollte sich im Uebrigen Niemand proozojiren lassen, die Lohnkommission werde im Laufe dieser Woche schon die nöthigen Schritte thun und den Zeitpunkt der eventuellen Arbeitsniederlegung bekannt geben. Sie müßten sehr wohl, daß der Streik eine zweischneidige Waffe sei. Die selbe würde aber nur angewendet, wenn jedes andere Mittel zur Verhängung verlage. Die Kriegskasse sei gut versorgt und könne man dem Kampfe getrost entgegensehen.

Kollege Köstel brachte den an die Unternehmer verfassten Lohnarif zur Verlesung und erläuterte die einzelnen Bestimmungen desselben nochmals. Es sollen für jeden Betrieb Vertrauensleute ernannt werden, die im Auftrage der übrigen Kollegen bei dem Unternehmer vorstellig werden sollen. Einzelne der Arbeitgeber machten schon verschiedenen ihrer Arbeiter Versprechungen, um dadurch die Einigkeit zu zerstören, darauf dürfe keiner eingehen. Am letzten Samstag sollten bei einer Firma die Arbeiter einen Revers unterschreiben, wonach sie mit den gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen zufrieden seien. Dieses plumpe Manöver glückte aber nicht. Die Zunahme der Zahl der Organisirten habe alle Erwartungen übertroffen, die Mehrzahl der Kollegen sähe ein, daß es nicht mehr so weiter gehen könne. Ein Kutscher brauche wöchentlich 3-4 Mark für Weidetränken. Dies habe selbst der Vorsitzende des Fuhrmannsvereins bestätigt.

Darauf wurde einstimmig die Verhängung der Sperre über die Firma Lange beschlossen und folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute äußerst zahlreich besuchte Versammlung der Kutscher, Fuhrleute u. s. w. verspricht, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die Durchführung des aufgestellten Tarifes einzutreten. Die Versammlung verurtheilt auf die Schärfe die von einzelnen Unternehmern vorgenommenen Maßregelungen, die nur darauf berechnet sind, uns zu proozojiren und Uneinigkeit in unsere Reihen zu tragen.“

Endlich verurtheilt die Versammlung das hinterlistige verätherische Treiben des hiesigen Steinbecker Kutscher- und Fuhrmannsvereins, hauptsächlich betrieben durch einige proffischstichtige Unternehmer, um dadurch eine Verberberung der so traurigen Lage der Kollegen zu verhindern. Die gesammten Kollegen versprechen, nach wie vor treu am Zentralverband festzuhalten.“

Zum Schluß ging Kollege Deltmering noch auf die Stellungnahme des Vorstandes des Steinbecker Fuhrmannsvereins ein, der ohne Wissen der Mitglieder in

ganz eigenmächtiger Weise mit seinem augenscheinlich von Unternehmern verfaßten Eingelände den kämpfenden Kollegen in den Rücken gefallen sei. Es sei Aufgabe der Mitglieder dieses Vereins, den Vorstand deshalb zur Rechenschaft zu ziehen und wenn möglich den Laufpaß zu geben. Die Erwidrerung der Lohnkommission auf dieses Eingelände sei nur von der „Freien Presse“ sofort und ohne jeden Vorbehalt aufgenommen worden, woraus sich ergebe, daß dieses Blatt ein wirkliches, die Interessen der Arbeiter rücksichtslos vertretendes Organ sei und deshalb von jedem Kollegen abonniert werden müßte. Das Wuppertaler Volksblatt habe die Erwidrerung der Lohnkommission sogar mit Hohn und Entrüstung zurückgewiesen. Zu erwähnen sei auch noch, daß die Firma Einische, Gerberstraße, mit Maßregelungen gedroht hat. Der Unternehmer Wörth soll sogar den Wunsch geäußert haben, man solle dem von Arbeitergroßen lebenden Dettmering die Knochen kaputt hauen. Machten wir derartige Aeußerungen, so käme uns der Strafrichter auf den Leib. Von den Großen, welche der menschenfreundliche Herr aus den Knochen seiner Arbeiter herauschindelt, spricht derselbe natürlich nicht. — Die Ausführungen der einzelnen Redner wurden mit großer Begeisterung aufgenommen. Die von etwa 500 Personen besuchte Versammlung verlief in der würdevollen Weise und wurde mit einem Hoch auf den Verband und die Lohnbewegung geschlossen.

Döbeln. Eine öffentliche Versammlung der Kutischer und Marktbesitzer tagte am 22. März. Kollege G. Loose aus Leipzig referierte über: Warum müssen wir uns organisieren?

Redner schilderte die traurige wirtschaftliche Lage unserer Berufscollegen, wie sie, durch die heutige Wirtschaftspolitik und durch die Ausbeutung von dem Unternehmertum immer mehr dem Elend preisgegeben werden; daß dies der Fall ist, beweisen uns die Untersuchungen von gegen 5000 Arbeiterkindern in Dresden, wo über die Hälfte wegen mangelnder Ernährung krank vorgefunden wurden. Daraus geht hervor, daß ein großer Teil Arbeiter von den fargen Löhnen, die sie heute verdienen, ihre Familie nicht ernähren können. Auch hier am Orte herrscht unter unseren Kollegen die traurigste Zustände, bei einer Arbeitszeit von 14—16 Stunden erhält man einen Wochenlohn von 18—14 Mk.; daß unter den gegebenen Verhältnissen die Familien hungern müssen, ist leicht erklärlich. Darum wird es auch hier am Orte die höchste Zeit, daß die Kollegen zu der Erkenntnis kommen, sich zu organisieren; nur mit Hilfe der Organisation kann die traurige Lage verbessert werden. Zum Schluß weist Redner auf die Vorteile des Verbandes hin, welcher nicht nur verfehlt, durch den Kampf bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen, sondern auch die Berufscollegen in der Noth zu unterstützen, damit sie nicht den Gemeinden zur Last fallen, denn sonst würden sie auf längere Zeit ihres Wahlrechtes verlustig gehen. Die Reichstagswahlen stehen vor der Thüre, wo auch hier jeder Arbeiter seine Pflicht erfüllen und einem Wanne seine Stimme geben müßte, der auch wirklich die Interessen der Arbeiter vertritt. Darum auf, Kollegen, hinweg mit der Interesslosigkeit, hinein in den Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, dann werden wir auch in der Lage sein, der Ausbeutung der Arbeiterklasse ein Ende zu machen.

Daß die Ausführungen volle Anerkennung fanden, beweist, daß weitere 7 Kollegen sich dem Verband anschlossen.

Nachdem der Vorsitzende die Kollegen für die nächste stattfindende Versammlung zur regen Agitation aufgefordert hatte, folgte Schluß der Versammlung.

Esslingen. Am 21. März fand im Lokal eine Versammlung statt, in welcher Kollege Dohler-München referierte: Warum organisieren wir uns? Von Fürth waren die Kollegen Fuchs und Reimüller anwesend. Die Diskussion war eine sehr rege und wurden namentlich Mißstände in hiesigen Betrieben kritisiert, auf die wir noch in einem besonderen Artikel zu sprechen kommen. Nachdem die Kollegen ermächtigt waren, fest für den Ausbau der Organisation zu sorgen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Frankfurt a. O. In der Mitglieder-Versammlung am 22. März wurden wenig rühmliche Thaten eines Kollegen Krüger zur Sprache gebracht, der seit lang im Geres-Institut beschäftigt war. Er war eine Zeit lang arbeitslos und verlangte Arbeitslosen-Unterstützung, diese mußte ihm verweigert werden, da er noch nicht die vorgeschriebene Zeit mitgearbeitet hat. Ferner meldete er sich niemals persönlich, sondern immer durch dritte Personen, obgleich er arbeitslos war. Krüger wußte, daß der Kollege Sparmann, der infolge eines Beinbruchs im Krankenhaus lag, Unterstützung erhielt, er begab sich zu diesem und log Sparmann vor, er, Krüger, sei Worlänger geworden und frage, ob Sp. weiter im Verband bleiben wolle, was von diesem bejaht wurde; nun, forberte Krüger Geld für Beiträge, konnte, aber dafür keine Marken ausshändigen und erhielt folgedessen auch nichts. Krüger ist folgedessen aus dem Verband ausgeschlossen worden und die Kollegen werden nun wissen, was sie von ihm zu halten haben.

Fürth. Am 20. März fand bei unserm Kollegen Schuster eine öffentliche Versammlung statt, dieselbe war sehr gut besucht. Kollege Dohler-München hatte das Referat übernommen und wurde ihm großer Beifall gezollt. Die Diskussion war eine sehr rege. Angeregt wurde die Gründung einer Sektion der Kutischer und Fuhrleute, diese soll nach der Lohnbewegung erfolgen. Daraus Schluß.

Fürth. Die allgemeine Kutischer-Versammlung, welche am 2. April in Schuster's Lokal stattfand, beschäftigte sich vornehmlich mit den Verhältnissen in den hiesigen Fuhrwerksbetrieben, wobei einzelne Unternehmer ganz besonders kritisiert werden mußten. Der Kartellvorliegende Wäcker gab den anwesenden Kollegen sowohl wie der Verwaltung verschiedene Anregungen, die zum vollen Gelingen unserer Lohnbewegung jedenfalls ihr gutes Theil beitragen werden, vorausgesetzt natürlich, daß dieselben auch jeberzeit von den Kollegen beachtet werden. Nachdem Roll, Wabinger und Bernpointer die An-

wesenden ermächtigt hatten, unentwegt zum Verband zu stehen, sowie die Versammlungen zu besuchen (was gerade jetzt für unsere Kutischer unerlässlich ist), konnte die Versammlung mit dem Hinweis auf eine demnächst stattfindende Bierführer- und Güterhändler-Versammlung geschlossen werden.

Galle a. S. Unsere Mitglieder-Versammlung fand am Sonnabend, den 14. März, statt und beschäftigte sich hauptsächlich mit den letzten Vorgängen der Sektion der Bierfahrer und Kellereiarbeiter im Gewerkschaftskartell und Stellungnahme hierzu. Die Diskussion ergab die einstimmige Annahme folgender Resolution:

„Die heute, den 14. März tagende gut besuchte Versammlung der Handels- und Transportarbeiter erklärt, daß sie ihre Sektion der Bierfahrer und Kellereiarbeiter bestehen läßt und mit aller Entschiedenheit für deren Stärkung agitirt. Weiter erklärt die Versammlung sich nicht mit dem Verzicht des Gewerkschaftskartells einverstanden, nochmals eine Urabstimmung bei den Brauereiarbeitern vorzunehmen, sondern sieht den Beschluß, welcher in der früheren Versammlung der Sektion II der Brauereiarbeiter gefaßt ist, als zu Recht bestehend an. Eine weitere Abstimmung kann nur unter dem Druck der Brauer gesehen; auch ist ein Deserteur unserer Sektion ins Kartell zu senden. Gleichzeitig erklärt die Versammlung, die Brauer möchten ihre Sektion II wieder auflösen, da sich ihr Verband so wie so Brauereiarbeiterverband nennt und nur so wieder Ruhe zwischen beiden Organisationen hergestellt werden kann.“

Nachdem auf Antrag den letzten Kartellbelegirten ihr Mandat entzogen war, wurden die Kollegen Gummich, Bornaack und Krödel neu gewählt. Die nächste Mitglieder-Versammlung findet am 4. April statt. Nachdem die Versammlung dem Vorstand ihr Einverständnis gegeben, die Kollegen bei Sieghart & Co. bei event. Differenzen zu unterstützen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Hannover. In der Mitglieder-Versammlung am 14. März hielt Genosse Leinert einen Vortrag über die Krankenvorrichtungskasse. Redner schilderte in eingehender Weise die Zwecke, die die Regierung mit der Kasse verfolgt. Reicher Beifall lohnte schließlich den Redner für seine trefflichen Ausführungen. Am Sonntag, den 29. März, sprach Kollege Dreber-Berlin über die Einführung der Wittwen- und Waisen-Unterstützung. Eine lebhaft Diskussion folgte dem Referat. Nach Regelung einiger interner Angelegenheiten trat Schluß der Versammlung ein.

Höln a. Rh. General-Versammlung am 2. März. Ein Antrag, die Redezeit auf 5 Minuten zu beschränken, wurde angenommen. Die Kollegen Cosjacobowski, Winter, Wörsch, Geulen und Blankenberg wurden als Beiratsmitglieder gewählt. Daraus wurden die Kollegen Cosjacobowski und Wörsch mit 11 Stimmen als Delegirter resp. Ersatzmann zur Generalversammlung nach Hamburg gewählt. Kollege Falsdorf wurde als Kassirer für das Arbeitersekretariat gewählt. Nach Regelung einiger interner Angelegenheiten trat Schluß der Versammlung ein.

Königsberg i. Pr. Eine Mitglieder-Versammlung tagte am Dienstag, den 17. März, in der Pöbnighalle. Das Referat über „Konsumvereine“ mußte ausfallen, da der Referent, Genosse Braun, am Erscheinen verhindert war. Es wurden nun verschiedene Mißstände in einzelnen Arbeitsstellen und Geschäften einer scharfen Kritik unterzogen, unter Anderem auch die bei der städtischen Straßenreinigung Desgleichen wurde über die mangelhafte Einhaltung der Bestimmungen über die Sonntagruhe im Handelsgewerbe Klage geführt. Es wurde von Mitgliedern mit Recht darüber beklagt, daß die Behörde der Einhaltung dieser Bestimmungen sehr nicht mehr die genügende Aufmerksamkeit zuzuwende, da nach äußerlich scheinbarem Schluß der größeren Geschäfte immer bis Mittag, sogar bis Nachmittag gearbeitet würde, ja selbst Faktore mit schweren größeren Packeten und Kästen auf dem Rücken während der Ruhezeit ungehindert auf den Straßen gehen dürfen. Es wurde beschlossen, zu der besseren Wahrung dieser Bestimmungen eine Kommission von fünf Mitgliedern zu wählen, um jegliche Uebertretung der Behörde sofort mitzuthellen, damit Abhilfe geschaffen werde. In diese Kommission wurden die Kollegen Sempf, Lange, Hauptmann, Rhode und Kippel gewählt.

Leipzig. Die Volksversammlung, die am 18. März im Felsenkeuer zu Leipzig Plagwitz abgehalten wurde und die von etwa 1500 Personen besucht war, beschäftigte sich mit den Verhältnissen bei der Firma Höplich & Sohn. Der Kollege Schmidt legte den Anwesenden die Ursache des Konflikts klar und geißelte das Verhalten der Firma und des Hofmeisters. Letzterer war früher ebenfalls Geschäftsführer, heute möchte er aber am liebsten mit der Krute auf die ihm unterstellten Arbeiter einhauen. Kollege Schmidt behauptete, daß ein Chef der Firma einem Arbeiter sogar den Hock vom Gebirge heruntergerissen habe. Der Redner schilderte dann die lange Arbeitszeit und stellt diese dem jetzt üblichen Lohn gegenüber. Die Löhne seien für derartige Leistungen nicht ausreißend; die Arbeiter müßten die schwersten Arbeiten verrichten. Vor Allem aber verleihe die Firma, ihren Arbeitern die Sonntage so zu verschätzen, daß an ein Familienleben kaum gedacht werden kann. Am letzten sachlichen Punkt mußten eine Anzahl Geschirre nach Preußen fahren, um dort Sand zu holen. Dienstag Nachts gegen 12 Uhr fuhren die Geschirre fort und kehrten erst Mittwoch Abends gegen 9 Uhr zurück. Für derartige lange Arbeitszeit und noch dazu an einem Feiertag erbielten die Arbeiter 3 Mk. Eine solche Arbeitsabingung dürfte kaum als Begehrend geltend haben. Nach dem Referat folgte eine lebhaft Diskussion. Der Vorsitzende verlas einen Brief von Höplich & Sohn, in dem die angelegten Gründe für drei entlassenen Geschirrführer mitgeteilt wurden. Mit großer Entrüstung wiesen die Entlassenen und alle Diskussionsredner diese „Gründe“ zurück. Daraus wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Die am 18. März im Felsenkeuer zu Leipzig-Plagwitz tagende öffentliche Einwohner-Versammlung von 2 Welt verurtheilt aufs Schärfste die

Handlungsmethode der Fuhrunternehmer Höplich & Sohn bezüglich der Entlassung derjenigen Arbeiter, die von dem ihnen gesetzlich zuzubehörenden Koalitionsrecht Gebrauch machten. Da die Firma zum größten Theil auf das allgemeine Publikum angewiesen ist, verpflichten sich die Versammelten, die Firma so lange nicht zu unterstützen, bis die Organisation der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter anerkannt ist und den dort beschäftigten Arbeitern bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse gewährleistet werden. Weiter verpflichten sich die betreffenden Arbeiter, Mann für Mann der Organisation beizutreten, um bei geeigneter Zeit sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpfen zu können. Der Vorsitzende der Versammlung hat dahin zu wirken, daß die Geschäftsverbindungen zwischen der Firma Höplich & Sohn und dem Konsumverein Leipzig-Plagwitz abgebrochen werden. Die Versammlung beauftragt das Bureau, beim Rath der Stadt Leipzig anzufordern, inwiefern die Handlungsweise des Beamten auf der Lindenauer Rathswache, der ein Einschreiten gegen die Firma Höplich & Sohn wegen unerlaubter Arbeit am letzten Aufstieg ablehnte, berechtigt war. Ferner wird das Bureau ermächtigt, an den Rath der Stadt Leipzig eine Petition zu richten.

Leipzig. In der am 27. März im Coburger Hof abgehaltenen Mitglieder-Versammlung wurde ein Vortrag des Genossen Seger über den Gemeinlichen Arbeitsvertrag mit Beifall entgegengenommen. Der Redner beleuchtete die betreffenden Paragraphen des bürgerlichen Gesetzbuchs sowie die der Gewerbeordnung. Er machte besonders darauf aufmerksam, daß sich die Arbeiter bei Eintritt des Arbeitsverhältnisses über den Inhalt des Arbeitsvertrages genau informieren, bevor sie ihre Namensunterschrift geben. In diesem Sinne sprechen mehrere Redner. Unter Gewerkschaftlichem wird zur regen Beteiligung an der Agitation für die bevorstehende Reichstagswahl aufgefordert und beschlossen, dem Agitationskomitee hier für 500 Mk. zu überweisen. Weiter wird es für notwendig erachtet, daß arbeiterfeindliche Blätter endlich aus den Wohnungen der Kollegen verschwinden. Jeder ethisch denkende Kollege müsse Abonnet der Leipziger Volkszeitung werden. Mit der Aufforderung, den Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter neue Mitglieder zuzuführen, schloß der Vorsitzende die interessante Versammlung.

Leipzig. Eine öffentliche Versammlung tagte am 31. März in Schloß Lindenfels mit der Tagesordnung: Die Arbeitsniederlegung unserer Kollegen bei der Firma Gutfreund. Der Kollege Schmidt führte den Besammelten die lange Arbeitszeit, die niedrigen Löhne sowie die schlechte Behandlung unserer Kollegen von Seiten des Platzmeisters Mühlensberg vor Augen und kam zu dem Schluß, daß es unter derartigen Mißständen kein Wunder sei, wenn die Kollegen von dem ihnen zuzubehörenden Rechte Gebrauch machten und die Arbeit einstellten. Aufgabe sei nun, da Herr Gutfreund eine Einigung im Guten nicht wolle, die Ausständigen in ihrem gerechten Kampfe zu unterstützen; dann müßte der Sieg auf unserer Seite sein. In der Diskussion triffirten einige Redner den Raum, in welchem die Kollegen ihre Wahlzettel einnehmen müssen; dieser sei ungenügend; auch sei in demselben das Ungeziefer so stark vertreten, daß es ekelregend sei, in diesem Raum zu essen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heute in Schloß Lindenfels tagende Versammlung der Handels- und Transportarbeiter nimmt mit Entrüstung Kenntniß von der unwürdigen Behandlungswiese, sowie von den traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Firma Gutfreund gegenüber ihren Arbeitern. Die Versammelten sprechen deshalb ihren ausständigen Kollegen die vollste Sympathie aus und verpflichten sich, mit allen gesetzlichen Mitteln dahin zu wirken, daß ihnen der volle Sieg im Kampf um die gerechte Sache wird. Aus diesem Grunde beschließt die Versammlung, die Sperre über genannte Firma zu verhängen und erwartet von der gesammten Arbeiterchaft, daß dies solange beobachtet wird, bis das herrliche Verbalten der Inhaber obiger Firma gebrochen ist.“

Magdeburg. Am Sonntag, den 8. März, fand im Saale des neuen Gewerkschaftshauses (Restaurant-Camajou, Hangleit. 7) eine gut besuchte öffentliche Versammlung statt. Als Referent war der Gauleiter, Kollege Herrmann Zimmer-Breslau, erschienen.

Derselbe begrüßte die Erschienenen recht herzlich, zum ersten Male im eigenen Heim, hoffend, daß der Besuch der Versammlungen immer so gut sein möge und daß Einigkeit und rechtliche Kollegialität stets hier vorherrschen möge.

In seinem etwa 1 1/2 stündigen, oft von brausem Beifall unterbrochenem Vortrage, legte Zimmer den Anwesenden ferner auseinander, wie die Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Kollegen sind und wie sie sein sollten. Die Arbeitszeit ist ungeheuer lang (von Morgens 6 bis Abends 10 und 11 Uhr), und die Löhne die schärfsten, welche man sich denken kann. Um nur einigermaßen leben zu können, müssen die Frauen unserer Kollegen meist noch mehr arbeiten als die Männer. Das sein geradezu unwürdige Zustände, welche bringen der Abhilfe bedürfen. Nur ein Mittel giebt es, um die mittschäftlichen Verhältnisse der Arbeiter zu bessern, und das ist die gewerkschaftliche Organisation. Nicht in evangelische oder lutholische Arbeitervereine, weder in den Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine, in den sogenannten Domekittensverein gehört der Kutischer und Fuhrhalter, da alle diese Vereine und Vereinen durchaus nicht in der Lage sind, dem Arbeiter thätigkeits zu helfen, sondern in den Zentral-Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter gehöre unbedingt in jeder Berufscolle. Darum möge ein Jeder möglichst bald Mitglied werden.

In der anschließenden Diskussion sprachen sich eine ganze Anzahl Kollegen im Sinne des Referenten aus. Kollege Pawlik bewies den Anwesenden in einer von ihm sehr gewissenhaft zusammengestellten Statistik, daß fast alle Kollegen weniger verdienen, als sie selbst bei bescheidensten Ansprüchen zum Leben gebrauchen. Das Fehlende muß entweder die Frau verdienen oder der

Mann muß stehen. In der darauffolgenden Pause ließen sich 12 Kollegen aufnehmen.

Abends um 7 Uhr fand noch eine Versammlung statt, zu welcher diejenigen Kollegen erschienen, welche Nachmittags noch arbeiten mußten. Auch diese ließen sich nach einem Vortrage des Kollegen Zimmer aufnehmen. Die abtrocknenden Frauen bekundeten lebhaft ihre Zustimmung bei den Ausführungen des Referenten. Ein recht guter Geist scheint jetzt in unsere hiesigen Kollegen gekommen zu sein, und ist es nunmehr auch nur noch eine Frage der Zeit, um mit Hilfe des Verbandes einen höheren Lohn erringen zu können. Die neugewählte Ortsverwaltung wird voraussichtlich alles daran setzen, damit in kurzer Zeit alle Berufs Kollegen dem Verbands angehören. 70 Mitglieder zählt die Zählstelle schon, und wenn alle Kollegen sich etwas Mühe geben, so können wir in einigen Monaten mindestens 200 Mitglieder im Verbands haben. Die Lösung für jeden Kaufher, Hauswähler und sonstigen Arbeiter muß lauten: Einem in den Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, dann tritt er auch vorwärts gehen.

Rindach i. S. Eine Mitgliederversammlung fand am 18. März statt. Es wurde zunächst Beschluß gefaßt, daß nunmehr unsere Versammlungen jeden 2. Mittwoch im Monat im Restaurant zur Börse stattfinden sollen. Darauf gab der Bevollmächtigte den Vorschlag bekannt, der seitens Chemnitz gemacht worden ist. Es wurde Kollege Richter als Delegierter vorgeschlagen. Weiter ist von Seiten der Verwaltungsstelle „Krausencher Grund“ Kollege Kaiser-Deuben in Vorschlag gebracht. Kollege Reichenbach bemängelt, daß die Befamngabe der Vorschläge von Chemnitz viel zu spät eingegangen seien.

Kollege Richter-Geminnlich schildert nunmehr die Aufgaben der nächsten Generalversammlung und bespricht die einzelnen Punkte der Tagesordnung. Redner kommt zu dem Resultat, daß die Generalversammlung eine gewaltige Menge Arbeit zu erledigen habe, aber auch ein Fortschritt in Bezug auf innere Ziele unvermeidbar sei. Die Kollegen erklärten sich mit den Ausführungen einverstanden. Aus der hierauf vorgenommenen Wahl ging Kollege Richter-Geminnlich einstimmig als Delegierter hervor. Ueber Agitation bemerkte Kollege Reichenbach, daß wir daran gehen müssen, einzelne Kollegen in der Wohnung aufzusuchen. Es soll das so gemacht werden, daß erst mit einem Kollegen auf dem Bahnhof oder sonstige Führung gesucht wird, dann geht man dem Bevollmächtigten Mitteilung, so oder so stellt sich der Bestreffende, und dann gehen ein oder zwei Kollegen zu diesem in die Wohnung. Ferner gibt Reichenbach bekannt, daß Kollege Richter zugestimmt hat, gleich nach der Generalversammlung Karten drucken zu lassen, die den noch nicht organisierten Kollegen ins Haus geschickt werden sollen.

Magdeburg. Eine von über 200 Personen besuchte öffentliche Transportarbeiter-Versammlung tagte am Sonnabend, den 7. März. Kollege Schulzki-Berlin sprach über das Thema: „Warum müssen unsere Kollegen täglich 12-16 Stunden für einen Hungerlohn arbeiten?“ Der Referent verband es, in padender Weise die unmenslichen Zustände in unserem Berufe zu schildern und ging mit den Handelsherren, die es verstanden haben, ihr Schäflein zu scheeren — auf Kosten von Leben und Gesundheit unserer Kollegen — scharf ins Gericht. Reicher Beifall lohnte den Referenten für seine Ausführungen. Während einer kleinen Pause traten eine Anzahl Kollegen dem Verbands bei. Nachdem Kollege Bender noch kurz die Verhältnisse in den hiesigen Betrieben besprochen, wurde wegen der eingetretenen Vollzeitsunde die Versammlung um 11 Uhr geschlossen.

Magdeburg. Am Sonnabend, den 14. März, tagte im Bürgerhaus unsere Mitgliederversammlung. Genosse Robert Albert referierte über: „Die idealen Aufgaben der Gewerkschaften.“ Reicher Beifall lohnte den Redner für seine trefflichen Ausführungen. Die Abrechnung von unserem Stiftungsfest, die Kollege Bender der Versammlung vorlegte, ergab eine Einnahme von 925,95 Mk., eine Ausgabe von 228,08 Mk., mithin verbleibt ein Ueberschuß von 697,87 Mk. Der Ueberschuß wurde der Lokalkasse überwiesen. Ferner wurde beschlossen, die nächste Generalversammlung am 26. April im „Dreikaiser-Bund“ abzuhalten. In dieser Versammlung werden auch die Delegierten ihren Bericht über die Generalversammlung in Hamburg geben. Auch wurde beschlossen, um den Versammlungsbesuch zu heben, daß die Mitglieder in Zukunft zu jeder Versammlung ihr Mitgliedsbuch zur Abrechnung mitzubringen haben. Ferner wurde bekannt gegeben, daß eine kleine Bibliothek angelegt ist, diese wird den Mitgliedern zur eifrigen Benutzung empfohlen. Die Bücher können während der Bureautunden entnommen werden. Sodann stellte der Kollege Bender der Versammlung mit, daß der Magistrat infolge unserer stets wiederholten Eingaben um eine Regelung der Sonntagsruhe endlich ein Ortstatut ausgearbeitet und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt hat. Wir wollen wünschen, daß wirklich ernst gemacht wird, obwohl wir der reaktionären Stadtverordnetenversammlung nicht viel sozialpolitisches Verständnis zutrauen.

Reinstadt a. d. S., 22. März. Heute Abend wurde im Lokal des Herrn Staube, in der Postfabrik, eine mächtig besuchte Versammlung abgehalten. Jedenfalls war die Schuld des schlechten Besuchs der herrliche Frühlingstag, und dann auch, weil die Kaufher am Sonntag meistens beschäftigt sind. Als Redner war Kollege Pause aus Frankfurt gewonnen, welcher einen Vortrag hielt über die Notwendigkeit der Gewerkschaftsorganisation. Er wies im Hinblick auf den mächtigen Besuch darauf hin, wie gleichgültig die hiesigen Kaufher der Organisation gegenüberstehen. Kommen sie aber einmal in eine schlechte Lage, dann soll die Organisation helfend einpringen. Eintrübt werden müsse eine bessere Behandlung der Kaufher und Führer durch die Unternehmer, eine einheitliche Regelung der Arbeitszeit, sowie höhere Löhne. Zum Schluß besprach der Referent noch die Unterliegungs-einrichtungen des Verbandes. Den Redner lohnte reicher Beifall. An der Diskussion beteiligte sich u. a. auch Herr Stadtrat Stein, welcher das Gebahren der hiesigen Führer scharf kritisierte und forderte, gleich dem Vor-

tragenden, alle Anwesende auf, sich der Organisation anzuschließen. Nachdem Kollege Pause noch einmal kurz gesprochen, ließen sich mehrere Kollegen als Mitglieder aufnehmen.

Münchberg. Am 22. v. Mts. fand eine öffentliche Versammlung statt, die leider, wohl in Folge der schönen Witterung, nur mäßig besucht war. Das Thema lautete: „Die Einwirkung der wirtschaftlichen Krise auf unseren Beruf.“ Kollege Debler-Münchberg erteilte für seine Ausführungen guten Beifall. Nach kurzer Diskussion forderte der Vorsitzende auf zur regen Agitation für den Verband, sowie zur Verbreitung der Arbeiterpresse und schloß damit die Versammlung.

Münchberg. Unsere Mitglieder-Versammlung vom 28. März beschäftigte sich u. a. hauptsächlich mit dem Brief des Zentralvorstandes in Sachen unserer An-zweiflung der fürchterlichen Delegiertenwahl, zu deren wir allen Anlaß hatten. Es wurde beschlossen, an die General-Versammlung Protest einzulegen. Des Weiteren wurden noch die „Courier“ veröffentlichten Anträge besprochen, sowie einige örtliche Angelegenheiten erledigt, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Pankow. Am Sonntag, den 29. März, fand bei Nozdt, Kreuzstraße, eine Versammlung statt, in welcher Kollege Gaertling-Berlin über „Nutzen und Werth der Gewerkschaften“ sprach. Derselbe ging zuerst auf das frühere Koalitionsverbot von Seiten der Gesetzgebung ein und wies ferner nach, wie notwendig es sei, daß auch jeder Arbeiter des Handels- und Transportgewerbes in Pankow sich organisieren müsse, damit bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse hier am Orte bestehen. In der Diskussion sprachen sich mehrere Redner dafür aus, noch 3 Kollegen zu einer Agitationskommission zu wählen und wurden: Hoffmann und Baum und zu deren Unterstützung die Kollegen Witte, Ueß und Zickall gewählt, damit wieder eine größere Agitation getrieben werden kann.

Wismars. Am 16. März fand hier eine öffentliche Versammlung unserer Verstandkollegen statt, in der Kollege Raufe-Frankfurt a. M. über „die Notwendigkeit der Organisation“ referierte. In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß einige Kollegen schon längst den Nutzen der Organisation erkannt gehabt hätten, leider sei ihnen nie Gelegenheit gegeben worden, sich dem Verbands anzuschließen. Dreißig Kollegen ließen sich sofort aufnehmen und wurde zur provisorischen Leitung ein Ausschuß von 3 Kollegen gewählt. Das Komitee wird nicht unterlassen, der jungen Organisation mit Rath und That beizustehen. Pflicht eines jeden Kollegen ist es nun, mit Hand anzulegen, zu agitieren und für Veranzuehung aller Verstandkollegen am Orte zu sorgen, dann wird es auch mit der Zeit möglich sein, eine Besserung der Arbeitsverhältnisse herbeizuführen.

Griesshagen.

Raumangel halber müssen Berichte zurückgestellt werden aus: Berlin, Frankfurt, Spandau, Dresden, Elberfeld, Königsberg, Rawitsch, Steglitz und Zittau. D. R.

Achtung, Delegirte!

Am Montag, den 6. April, sind an alle Delegirte, Führer, Instruktion, Karten und Schleifen abgegangen. Da uns leider der größte Theil der Kollegen ihre Adresse, welche im „Courier“ nicht ersichtlich und sonst auch nicht bekannt, nicht aufgegeben haben, so mühten wir bei der Zustellung, wie auch das letzte Mal, uns wieder an bestimmte Adressen von Delegirten resp. an andere Kollegen wenden.

Wir ersuchen nochmals alle Kollegen, soweit sie die Fahrt mittelst Schnellzuges machen, die Bahnhof Dammthor-Hamburg zu fahren. Es ist Vorfrage getroffen, daß zu allen Zügen und an allen Bahnhöfen unsere Kollegen vom Lokalkomitee anwesend sind. Dieselben sind kenntlich an rothweißen Rosenen nebst dito Schleife.

Mit kollegialem Gruß
Das Lokalkomitee.

Achtung, Berliner Kollegen!

Der Ausschuß der Berliner Gewerkschafts-Kommission hat uns das Material betreffend des Familien-Budgets, welches von Seiten des Staatlichen Amtes der Stadt Berlin herausgegeben ist, übermittelt. Unsere Organisation hat ca. 180 Fragebogen zur Verantwortung erhalten. Es ist nun Pflicht der Vertrauensleute und Bezirksführer, zur Verbreitung des Materials beizutragen und namentlich an diejenigen verheiratheten Mitglieder unserer Organisation, welche sich der Mühe unterziehen wollen, ihre Einnahmen und Ausgaben für die Zeit vom 19. April bis 31. Mai d. J. niederzuschreiben. Damit nun ein klares Resultat aus den Fragebogen hervorgeht, wird von Seiten der Ortsverwaltung 1. eine Versammlung einberufen werden, in welcher alles Nähere erörtert wird und bitten wir die Vertrauensleute und Bezirksführer, uns die Adressen derjenigen verheiratheten Mitglieder umgehend zugehen zu lassen, welche sich an der Ausfüllung der Fragebogen beteiligen wollen, damit dieselben rechtzeitig zu der dazu einberufenen Versammlung eingeladen werden können.

Die Ortsverwaltung 1.

Hellerarbeiter und Rutscher.

Dienstag, den 21. April, Abends 8 Uhr:

Monats-Versammlung

im Lokal H. Kahn, Etralauestr. 48.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen.
Die Sektionsleitung: R. Müller.

Achtung, Hausdiener Berlins!

Die streikenden Fensterputzer (Verbandskollegen) haben eine Genossenschaft gegründet. Diese übernimmt Reinigungsarbeiten aller Art (Fenster, Stuben, Häuserreinigung etc.) Wir bitten die Kollegen, soweit es ihnen irgend möglich, Reinigungsarbeiten nur dieser Genossenschaft zuzuwenden.

Bestellungen telephonisch unter Amt VII, 3348 oder per Karte an das Verbandsbureau, Engel-Ufer 15, Zimmer 13.

Die Ortsverwaltung II Berlin.

J. A.: Käßler.

Achtung! Achtung!
Mineralwasser-Arbeiter und -Rutscher.
Donnerstag, den 16. April, Abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
bei Pait, Dragonerstr. 16.

Tages-Ordnung: 1. Geschäftliche Aussprache.
Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen.
Die Sektionsleitung.

Vor-Anzeige.

Sonntag, den 26. April, Nachm. 3 Uhr:
Große öffentliche Versammlung
im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.

Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, für einen wirklich zahlreichen Besuch dieser Versammlung zu sorgen.
Die Sektionsleitung: J. A.: O. Graß.

Achtung! Achtung!
Sektion der Vierteltäger und Mitfahrer.
Donnerstag, den 16. April, pünktlich Abends 8 Uhr:

Große Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Saal 7.

Tages-Ordnung: 1. Die Bedeutung des 1. Mai für die Arbeiter. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches.
Es ist Pflicht eines jeden Vierteltägers, in dieser Versammlung zu erscheinen. Kollegen, die unserer Sache noch fernstehen, sind ganz besonders eingeladen.
Die Sektionsleitung: J. A.: Aug. Schönberner.

Achtung! Verwaltungsstelle Berlin III.
(Straßenbahner.)

Den Kollegen zur gefl. Nachricht, daß unser Bureau vom Freitag, den 10. April bis Freitag, den 17. April wegen Teilnahme des Angestellten Kollegen Rathmann an der Haupt-General-Versammlung geschlossen ist.

Mit kollegialem Gruß
Die Verwaltung III.
J. A.: D. Schumann, Bevollmächtigter

Vor-Anzeige! Die General-Versammlung des 1. Quartals findet am 12. Mai 1903 in den Arminienhallen, Kommandantenstr. 20, statt.

Achtung! Achtung!
Kollegen Rixdorfs.

Rutscher, Mitfahrer, Hausdiener, Pader und Arbeiter.

Sonntag, den 19. April, Abends 6 Uhr:

Gr. öffentliche Versammlung
bei Merette, Steinhefstr. 118.

Tages-Ordnung: 1. Berichterstattung vom Hamburger Verbandstag. Referent: Aug. Gevert. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Kollegen, erscheint Mann für Mann in dieser Versammlung. Auch Nichtmitglieder haben Zutritt.
Beiträge können entrichtet werden.

Frauen haben Zutritt.
Die Agitations-Kommission.
J. A.: O. Franke.

Sterbetafel des Verbandes.

Gestorben sind:
In Berlin der Kollege Carl Freitessen.
In Fürth der Kollege Joh. Scherzer.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltungen.

Verantwortl. Redakteur und Verleger: D. Schumann, Berlin.
Druck: Maurer & Dimnick, Berlin 8, Luisen-Ufer 11.